

SACHSEN

RECHTS

UNTEN

2020



KULTURBURO
SACHSEN E.V.



cellex.
foundation
Die Stiftung

**#UNSINTERES
SIERTVER
ÄNDERUNG**

INHALT

- 4** Einleitung
- 6** **Mehr als nur Zebrastreifen.**
Die (extreme) Rechte in den
Kommunalparlamenten
- 11** **Radebeul.**
Eine ganz normale sächsische Stadt
im Ballungsraum Dresden
- 18** **„Mit uns kann man immer reden“.**
AfD und Pro Chemnitz suchen Anschluss
im Chemnitzer Jugendhilfeausschuss
- 23** **Ein Präzedenzfall in Sachsen.**
Stimmungsmache gegen Vereine
im kommunalen Raum
- 31** **Wählen und wählen lassen.**
Umgang der „Mitte“ mit rechten Akteur*innen in
Kommunalparlamenten in Südwestsachsen
- 35** **In Gohrisch ticken die Uhren anders.**
Die Odyssee einer Bürgermeisterwahl in Sachsen
- 39** **Stimmungsmache, Hetze, Diffamierungen.**
Das Beispiel Arnsdorf und seine
haltungsstarke Bürgermeisterin
- 46** Impressum

EINLEITUNG

Ein Jahr nach den sächsischen Kommunalwahlen erscheint 2020 die sechste Ausgabe der Publikationsreihe „Sachsen rechts unten“. Mit dieser Veröffentlichung wirft das Kulturbüro Sachsen jährlich einen ausführlichen Blick auf die qualitative Verfasstheit der extrem rechten Szene im Bundesland. Die starke Ausdifferenzierung dieser Szene hin zu diversen Gruppen, Parteien, Medienformaten, Vereinen und Initiativen macht die Lage zunehmend unübersichtlicher.

Umso wichtiger ist es, dass unsere zivilgesellschaftlichen Perspektiven zur qualitativen Verfasstheit der sächsischen Neonazi-Szene, der sogenannten „Neuen Rechten“ und des Rechtspopulismus einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und diskutiert werden. Dieser Blickwinkel setzt nicht erst dort an, wo Gesetze gebrochen werden oder offener Verfassungsbruch propagiert wird. Zivilgesellschaftliche Perspektiven können und sollten die Rolle des Staates ergänzen und hinterfragen. Im demokratischen Rechtsstaat sind es gerade das Zusammenspiel und die Diskussionen der verschiedenen Positionen und Sichtweisen auf aktuelle

Demokratiegefährdungen, die ein produktives Gesamtbild ergeben. Die Reihe „Sachsen rechts unten“ ist keine auf Vollständigkeit abzielende Beschreibung bzw. Analyse von Phänomenen. Unser Anspruch ist es, exemplarisch zu beschreiben, welche Ziele einerseits die sächsische Neonazi-Szene und andererseits neu-rechte und rechtspopulistische Parteien und Gruppen verfolgen, welche Wirkmächtigkeit sie entfalten können und welche Gefahren daraus resultieren.

Im Jahr 2020 liegt der inhaltliche Schwerpunkt unserer Publikation auf einer Beschreibung der Auswirkungen der sächsischen Kommunalwahlen vor einem Jahr. Das Jahr 2019 war ein Superwahljahr in Sachsen. Ende Mai 2019 wurden im Zuge der Europawahlen auch die sächsischen Kommunalparlamente neu besetzt. Im September folgten dann die Landtagswahlen. Im Gegensatz zu den Landtagswahlen, die bundesweit beachtet wurden und eine breite Berichterstattung nach sich zogen, blieben die Kommunalwahlen weitestgehend unbeachtet. Die Auswirkungen ebendieser Kommunalwahlen und die Neube-

setzung der Kommunalparlamente haben für die zivilgesellschaftlichen Initiativen in Sachsen jedoch viel stärkere Konsequenzen. Extrem rechte Akteure sind u.a. über freie Wählerlisten in einzelne Kommunalparlamente eingezogen. Darüber hinaus ist die Alternative für Deutschland (AfD) in verschiedenen Kommunalparlamenten, insbesondere in Ostsachsen, die stärkste Kraft geworden. Vereine und Initiativen, die für eine offene und diskriminierungsarme Gesellschaft eintreten und sich gegen Rechtspopulismus und Rassismus positionieren, werden es in diesen Regionen zukünftig noch schwerer haben.

Die AfD ist innerhalb des gesamten rechten Parteienspektrums seit einigen Jahren die dominierende Kraft. In ihrem Schatten wird es für neonazistische Parteien und Gruppen immer mühsamer, ausreichend Stimmen zu mobilisieren, um eigene Kandidat*innen in die Parlamente zu bringen. Dabei ist der Teil der Partei, der maßgeblich vom rechts-extremen Flügel um Björn Höcke und Andreas Kalbitz dominiert wird, in den ostdeutschen Landesverbänden besonders einflussreich und oft

auch tonangebend. Zu einem Treffen des sächsischen Ablegers des Flügels lud am 20. September 2019 der Freitaler Kreisrat und Landtagsabgeordnete Norbert Mayer ein. Seiner Einladung folgten etwa 70 Menschen. Anwesend waren zahlreiche AfD-Funktionäre aus Sachsen, wie z.B. Tino Chrupalla (MdB, seit November 2019 Stellvertretender Bundesvorsitzender der AfD), Jens Maier (MdB), Roland Ulbrich (MdL und Stadtrat in Leipzig), Andreas Harlass (zu diesem Zeitpunkt Pressesprecher der AfD-Landtagsfraktion) und viele andere. Daran wird deutlich, dass der rechtsextreme Flügel auch im sächsischen Landesverband eine tiefe Verwurzelung hat. Der sächsische AfD-Chef Jörg Urban wird in zahlreichen Medienberichten ebenso dem rechtsextremen Flügel der AfD zugerechnet. Im März 2020 sagte Urban, dass die

Beobachtung des rechtsextremen Flügels der AfD durch den Verfassungsschutz viele Ostdeutsche an die Stasi erinnern würde. Der Verfassungsschutz arbeite seiner Meinung nach mit Unterstellungen und Falschbehauptungen gegen seine Partei.¹ Laut einem Bericht der Tagesschau vom 24. März 2020 stellten sich Sachsens AfD-Partei-*chef* Jörg Urban und der sächsische AfD-Generalsekretär Jan Zwerg in einem Brief an die Parteimitglieder hinter den rechtsextremen Flügel. Der Bundesvorstand der AfD hatte zuvor vom Flügel gefordert, sich selbst aufzulösen. In dem Schreiben an ihre Mitglieder sollen sich die sächsischen AfD-Spitzen Urban und Zwerg deutlich mit den Protagonisten des Flügels Björn Höcke und Andreas Kalbitz solidarisiert haben.² Eine Befassung mit der AfD in Sachsen ist aus diesen und an-

deren Gründen im Rahmen einer Beschreibung der Verfasstheit der extremen Rechten in Sachsen daher unabdingbar.

Im Artikel „Mehr als nur Zebrastreifen. Die (extreme) Rechte in den Kommunalparlamenten“ wird ein erster Überblick über die neue Zusammensetzung der sächsischen Kommunalparlamente gegeben und ein erstes Fazit zu möglichen Veränderungen der Politik gezogen. Alle anderen Beiträge der vorliegenden Publikation beschäftigen sich mit konkreten Beispielen einzelner Orte oder Regionen in Sachsen und analysieren anhand dieser die Auswirkungen, die die Ergebnisse rechter Parteien bei den letzten Kommunalwahlen bis heute bereits haben.



Foto: Neja Hrovat

1 | <https://www.merkur.de/politik/afd-verfassungsschutz-fluegel-bjoern-hoecke-rechtsextrem-thueringen-zr-13595486.html>

2 | <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-fluegel-richtungsstreit-101.html>

- 1 -

MEHR ALS NUR ZEBRASTREIFEN – DIE (EXTREME) RECHTE IN DEN KOMMUNALPARLAMENTEN

Rechte Parteien haben mit der Kommunalwahl 2019 in Sachsen hohe zweistellige Ergebnisse eingefahren. Sie haben damit Macht über weitreichende Entscheidungen – und werden in Teilen dabei von anderen Parteien unterstützt.

Kaum ein Zitat fasst besser zusammen, wie sehr die Bedeutung von Kommunalpolitik in Zeiten einer erstarkenden AfD unterschätzt wird: Als der CDU-Politiker Friedrich Merz im Dezember 2019 den sachsen-anhaltinischen Landesverband seiner Partei in Magdeburg besuchte, sprach er sich gegen eine Kooperation mit der AfD auf allen Ebenen aus – mit Ausnahme der Kommunalpolitik. Das Nein zu jeglicher Zusammenarbeit, so der Politiker, gelte für alle gesetzgebenden Körperschaften, also für Europaparlament, Bundestag und Landtage. Aber es gelte nicht für die kommunale Ebene, denn: „Über „Zebrastrreifen“ könne man auch gemeinsam entscheiden“.¹

Wie fatal dieser Satz ist, zeigt der Blick nach Sachsen. Hier hat die AfD bei der Kommunalwahl 2019 nicht nur starke zweistellige Gewinne eingefahren, sie wurde sogar in zwei Kreistagen mit rund 29 Prozent der Stimmen stärkste Kraft. Die Macht, über die sie damit verfügt, geht weit über die Genehmigung von Zebrastrreifen hinaus: nachdem sie die letzten fünf Jahre in den sächsischen Dörfern und Städten vor allem demonstrieren, drohen und demolieren konnte, ist die politische Rechte mit AfD, aber auch mit extrem rechten Listen nun mit teils großer Stimmkraft in den Kommunalparlamenten vertreten und hat ihre Hände auf Fördertöpfen und städtischen Grundstücken,

in Entscheidungen um Geflüchtetenunterkünften und in Gremien zur Jugend- und Kulturarbeit. Die schon lange angespannte Stimmung einer unter Druck gesetzten Zivilgesellschaft in Sachsen kann sich nun in politischer und finanzieller Behinderung ihrer Arbeit konkretisieren.

Die vorliegende Analyse des Kulturbüro Sachsen e.V. zum Aufstieg der (extrem) rechten Akteure in sächsischen Kommunalparlamenten durch die Wahl 2019 hat ergeben: Die AfD kommt in den Kreistagen auf durchschnittlich 23,6 Prozent und konnte insgesamt 218 Kreistagsmandate in den zehn sächsischen Kreistagen erlangen. Damit dominiert sie die Kreistage nun gemeinsam mit der CDU. In den vier ostsächsischen Landkreisen Meißen, Görlitz, Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge und Bautzen erreicht die AfD überdurchschnittliche Ergebnisse. Richtung Westsachsen wird sie zwar schwächer, bleibt aber in allen Kreistagen bei etwa 20 Prozent, dort kommen teils noch weitere rechte Akteure hinzu. Insgesamt erhielt die AfD 750 Mandate in den 416 Gemeinde- und Stadträten sowie 94 Sitze in Ortschaftsräten. Teilweise hat sie sogar so viele Stimmen erreicht, dass sie nicht genügend Kandidat*innen hatte, um ihre Mandate zu besetzen: 150 Mandate musste die Partei in Sachsen unbesetzt lassen, die meisten davon in Gemeinderäten, keins davon in Kreisräten. Hinzu kommt, dass die Partei in zahlreichen Gemeinden gar keine Kandidat*innen zur Wahl aufgestellt hatte. Damit hat sie ihr Wählerpotenzial im sächsischen Hinterland noch nicht annähernd ausgeschöpft. Es drängt sich dabei der Eindruck auf, dass kleinteilige und mit wenig Prestige verbundene Eh-

renämter in der Kommunalpolitik für die Partei wohl noch nicht besonders interessant sind.

In der Betrachtung rechter Akteure in den sächsischen Kommunalparlamenten ist die AfD als derzeit wichtigster Akteur in diesem Spektrum unbedingt in den Mittelpunkt zu stellen. Die zentralen Themen der Partei sind eine restriktive Migrations- und Zuwanderungspolitik sowie eine Anti-Establishment-Haltung. Sie ist derzeit die wichtigste rechtspopulistische Partei in der Bundesrepublik² und hat im Bundesland Sachsen eine ihrer Schwerpunktregionen. Von hoher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Befund der Mitte-Studien, dass diejenigen Befragten, die an Wahlen teilnehmen und den Zielen von Pegida „eher“ (18,6 Prozent) oder „vollkommen“ (31,4 Prozent) zustimmen, die AfD präferieren. Die Autor*innen der Studie stellten fest, dass rechtsextrem eingestellte Wähler*innen sich zunehmend von den klassischen demokratischen Parteien abwenden. Von diesem Prozess kann nicht etwa die NPD, sondern insbesondere die AfD profitieren.³

Während die AfD in Ostsachsen beinahe der einzige, aber vor allem mit Abstand der relevanteste rechte Akteur ist, waren in Nord- und Südwestsachsen frühere NPD-Kader mit ihrer Strategie erfolgreich, sich harmlos klingenden Listen und Wählervereinigungen an- oder zu neuen zusammenzuschließen. Sie nutzen dabei einen Passus im sächsischen Wahlgesetz, durch den sie ihre Parteizugehörigkeit nicht offenlegen müssen. Diese Lücke, verbunden mit den teils neutral gewählten Namen ihrer Listen, macht es zunehmend schwer, rechte Akteure in den neu gewählten Kommunalparlamenten auf den ersten Blick von außen zu erkennen. Erkennbar waren dennoch 31 Mandate für elf rechte, rechtsextreme oder NPD-nahe Listen, Vereinigungen, Parteien und Akteure. In Städten wie Wurzen oder Eilenburg und Gemeinden wie Gelenau oder Jahnsdorf haben solche Listen und Wählergemeinschaften mit zentralen früheren NPD-Funktionär*innen oder früheren Kadern anderer rechtsextremer Gruppen jeweils zweistellige Ergebnisse eingefahren. Es ist davon auszugehen, dass die Stärke der rechten und rechtsextremen Akteure in den Stadt- und Ge-

meinderäten vor Ort die Stimmung weiter zuspitzen wird: Bereits vor der Wahl waren etwa die Räume des Vereins „Netzwerk für Demokratische Kultur“ (NDK) in Wurzen mehrmals von Rechten angegriffen worden. Zudem verfügen Stadträte wie der rechtsextreme Benjamin Brinsa vom Neuen Forum Wurzen über feste Verbindungen in die Hooligan- und Kampfsportszene. Sie und ihr Umfeld zeigen sich auf Demos einschüchternd und gewaltbereit.

Die NPD ist von der Wahl währenddessen deutlich geschwächt zurückgeblieben: zehn Mandate hat sie noch in ganz Sachsen halten können. Interessant ist, dass die AfD in Ostsachsen besonders stark ist, wo die einst starke NPD ein rechtes Vakuum hinterlassen hat, nachdem sie dort nicht mehr angetreten war – und umgekehrt die rechten Wählervereinigungen dort Lücken füllen, wo die AfD keine Kandidat*innen aufgestellt hat.

Zahlenmäßig hat die AfD andere rechte und rechtsextreme Akteure dennoch mit großem Abstand überholt und ist zum wesentlichen Bezugspunkt für die parteilich organisierte extreme Rechte in Sachsen aufgestiegen. Sowohl was ihren Umgang mit rechter Symbolik, ihre Rhetorik, vor allem aber ihre Zusammenarbeit mit extrem rechten Akteuren angeht, scheint es kaum eine Hemmschwelle nach rechts zu geben: In Hoyerswerda sitzt etwa mit Toni Schneider trotz Unvereinbarkeitsbeschlusses der Partei eine Person für die AfD im Stadtrat, die in der Vergangenheit wiederholt im Zusammenhang mit der Identitären Bewegung aufgefallen ist. Der Freitaler AfD-Stadtrat und Mitbegründer von „Freital wehrt sich“, René Seyfried, solidarisierte sich 2016 mit der Gruppe Freital, die Anschläge auf Flüchtlingsheime verübt hatte und die 2018 wegen versuchten Mordes und Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurde. Und in Chemnitz sitzt für die AfD mit Lars Franke ein Rechtsextremer im Stadtrat, der laut der Bundesanwaltschaft auf der „Hunderterliste“ der Kontakte des NSU-Kerntrios Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt geführt wird.

Die Nähe von rechtspopulistischen Parteien und Gruppen zur extremen Rechten scheint auch für einzelne



Kommunalpolitiker der CDU derweil kein Ausschlusskriterium für eine Zusammenarbeit zu sein. Während sich CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer auf Landesebene sehr klar gegen eine Kooperation mit der AfD bei der Landtagswahl aussprach, nähern sich einzelne Mitglieder seiner Partei auf kommunaler Ebene schon länger den Rechtspopulisten an. Das kann mal inhaltlich sein, wie es etwa die Freiburger CDU vor machte, deren im Oktober 2017 veröffentlichte „Freiberger Thesen“ programmatische Überschneidungen mit dem Parteiprogramm der AfD aufwies, und die auch 2018 AfD-nahe Forderungen an die Bundespartei richtete. Das kann aber auch durch konkrete Stimmkoalitionen in den kommunalen Gremien sein: Im September 2019 wählte etwa der Kreistag Bautzen erstmals in der Geschichte einen AfD-Vertreter zum stellvertretenden Landrat – mit Unterstützung der CDU, die den ersten Landrat stellt. AfD-Kandidat Frank Hannawald konnte 49 Stimmen auf sich vereinen, teils aus der CDU, und setzte sich damit gegen seine Konkurrentin von den Freien Wählern durch. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie die CDU in einzelnen Orten auf kommunaler Ebene eine punktuelle Zusammenarbeit praktiziert, die sie im Bund noch ausschließt – und die weit über den Beschluss von Zebrastrreifen hinausgeht, sondern rechten Akteur*innen aktiv zu mehr Macht in zahlreichen Ausschüssen verhelfen kann. Ebenso sind einzelne Fälle bekannt, in denen freie Wählervereinigungen, freie Listen oder Kommunalabgeordnete der Freien Wähler gemeinsam mit AfD-Abgeordneten in den Kommunalparlamenten abstimmen oder gar zusammenarbeiten. Unvereinbarkeitsbeschlüsse gibt es in solchen, meist kommunal organisierten, Wählervereinigungen nur in den seltensten Fällen. So wird es möglich, dass Rechtspopulist*innen für ihre politischen Initiativen auf kommunaler Ebene in einigen Orten Mehrheiten bekommen und wirkmächtig werden. Wie die rechten Parteien ihre neue Macht nutzen, wird die Zukunft zeigen. Die Entscheidungen, die sie in den Kommunalparlamenten treffen können, betreffen Initiativen, Vereine, Jugendarbeit und Kultur vor Ort direkter als viele Entscheidungen auf Bundes- oder Europaebene. Gleichzeitig mobilisieren diese Entscheidungen fast immer eine wesentlich kleinere Öffentlichkeit. Stadt- und Gemeinderäte können über

Förderanträge Druck auf Initiativen, Vereine und Kultur ausüben, ohne dass in Berlin irgendjemand deshalb zusammenzuckt. Rechtspopulistische Parteien und rechte Wählervereinigungen besetzen im Freistaat nun zahlreiche Plätze in Kultur- und Jugendausschüssen. Was da passieren kann, zeigt der Fall im Dresdner Stadtrat, wo die AfD in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit CDU, FDP und Bürgerfraktion Mittel für soziale Projekte und die Freie Kulturszene in der Stadt abgelehnt hatte. Statt ihr zwei Millionen Euro an Fördergeld zu genehmigen, wie es Rot-Rot-Grün vorgesehen hatte, genehmigte das temporäre blau-schwarz-gelbe Bündnis nur 400.000 Euro für die nächsten zwei Jahre.⁴ Vorgänge wie diese zeigen, was auf soziale Projekte und die Kulturszene zukommt, wenn erstarkte rechte Parteien die Entscheidungsgewalt über ihre Fördersummen bekommen: kleine soziale, kulturelle und progressive Projekte sehen ihre schon vorher schwer zu finanzierende Existenz gefährdet. Auch in Leipzig setzt sich mit Roland Ulbrich ein AfD-Politiker für eine Streichung der Fördergelder für die freie Kunst- und Theaterszene ein, mit der Begründung, Tanz und Theater seien „keine öffentlichen oder zu subventionierenden Aufgaben.“

Als weiteres wichtiges Feld ist die Jugendarbeit konkret von der Verwaltung kommunaler Budgets durch rechte Parteien betroffen. So dauerte es nicht lange, bis die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Landkreis Leipzig umgehende Drohungen der AfD in Richtung des Projektes „Dorf der Jugend“ in Grimma nach sich zog: Nachdem die AfD durch die Kommunalwahl zur zweitstärksten Kraft nach der CDU wurde, kündigte AfD-Kreissprecher Bodo Walther an, einen kritischen Blick auf Fördergelder für die offene Jugendarbeit zu werfen – explizit auf das Dorf der Jugend, das schon vorher wegen dem Auftritt linker Bands und eines Toilettengraffitis mit der Anerkennung vor dem Jugendhilfeausschuss zu kämpfen hatte. Auf Anfrage erklärte Walther wenige Tage nach der Wahl, offene Jugendhilfe werde „zu oft als Politisierungsprogramm“ betrieben. Wenig später zog sich der Jugendarbeiter Tobias Burdukat als Aushängeschild des preisgekrönten Projektes zurück, um das Dorf der Jugend aus der politischen Schusslinie zu nehmen.

Ähnlich wird von AfD-Abgeordneten auch gegen den zivilgesellschaftlichen Verein „Treibhaus Döbeln“ ausgeteilt. Projekte wie Treibhaus e.V., Dorf der Jugend oder Solidarische Alternativen für Taucha e.V. sind wichtige und rare Projekte für die Dorfjugend im Hinterland, wo wenig Alternativen zu rechten Kneipen und Vereinen angeboten werden. Es bleibt deshalb auch abzuwarten, wie lange es dauert, bis die Partei und ihr Umfeld, insbesondere Protagonist*innen aus dem Kreis der Identitären, selbst anfängt, rechte Jugendvereine zu fördern.

Die hohen Ergebnisse bei der Kommunalwahl 2019 haben der Rechten in Sachsen über die AfD hinaus Selbstbewusstsein gegeben. Ihre politischen Drohungen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen können nun vor allem schnelle und tatsächliche Folgen haben, wenn rechte Abgeordnete in Ortschafts-, Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen über Fördertöpfe und Genehmigungen wachen. Der Erfolg rechtsextremer ehemaliger NPD-Kader in neuen Wählervereinigungen hat in einigen Gemeinden die Mehrheitsverhältnisse weiter verschoben, der politische Druck auch auf bürgerliche Parteien wächst. Die

Luft ist nicht nur für Antifaschist*innen, sondern auch bürgerliche Parteienvertreter*innen längst dünn geworden. Der angekündigte Rückzug in den Ruhestand der SPD-Bürgermeisterin von Arnsdorf ist nur ein Beispiel dafür, wie wirkungsvoll rechte Kampagnen in Städten und Gemeinden auch für Politiker*innen sein können. Gewalt und Drohungen gegen Kommunalpolitiker*innen sind zuletzt stark angestiegen, gleichzeitig sind sie gegenüber den höheren politischen Ebenen gesetzlich schlechter gestellt, denn sie fallen nicht unter Paragraph 188 des Strafgesetzbuches, der „üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens“ ahndet. Auch die mediale Aufmerksamkeit bei Angriffen auf kommunale Akteure ist geringer und dringt oftmals nicht über die Regionalpresse hinaus in die Öffentlichkeit.

Gleichzeitig hat die parteilich organisierte Rechte mit zunehmendem Prestige der Ämter nun mehr Interesse an deren Besetzung durch eigene Kandidat*innen: Nachdem etwa der Bürgermeister von Hoyerswerda bekannt gab, dass er zur Wahl 2020 nicht mehr antreten will, kündigte die AfD an, mit Marco Gbureck einen Kandidaten ins Rennen zu schicken. Der hatte schon 2012 appelliert: „Gehen wir zusammen den nächsten Schritt und besetzen wir, als erste AfD-Fraktion Deutschlands, das Amt des Oberbürgermeisters.“

Es ist zu erwarten, dass die Rechte ihre neu hinzugewonnene Macht in den Kommunalparlamenten dafür nutzen wird, ihre Drohungen in die Tat umzusetzen, den Druck auf die demokratische Zivilgesellschaft zu erhöhen und sie in ihrer Arbeit sowie deren Finanzierung zu behindern. Das ist keinesfalls nur in kleinen Dörfern zu erwarten, sondern auch in großen Kreisstädten. Die AfD wird dabei eine tragende, aber nicht die einzige Rolle spielen. Zu befürchten ist zudem, dass bürgerliche Parteien oder Wählervereinigungen angesichts der Dominanz rechter Parteien weitere Kooperationen und Bündnisse eingehen werden. Fraglich bleibt, wie sich die jeweils höheren Parteiebenen dazu verhalten werden. Die Berührungsängste sind in den vergangenen Jahren bereits schwächer geworden – nicht nur beim Beschluss von Zebrastrreifen.



Foto: Neja Hrovat

1 | <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/friedrich-merz-verreisst-spd-in-seiner-rede-in-magdeburg-16523784.html>

3 | [Decker, Oliver 2018]

4 | [Brandau, Bastian 2019]

2 | [Decker, Frank 2018]

- 2 -

RADEBEUL – EINE GANZ NORMALE SÄCHSISCHE STADT IM BALLUNGSRAUM DRESDEN

Angesichts verschiedener politischer Ereignisse wie dem Anschlag von Halle, der Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD oder den rassistisch motivierten Morden von Hanau werden Vertreter*innen politischer Parteien nicht müde, ihre Abgrenzung zur AfD immer wieder neu zu betonen. Was bedeutet diese Positionsbestimmung für die Arbeit vor Ort? Erreichen die Stimmen aus der Bundes- und Landespolitik überhaupt die kommunale Ebene? Sind Forderungen nach Abgrenzung oder nach „keiner Zusammenarbeit auf keiner Ebene“ in Städten und Gemeinden umsetzbar? Anhand des Beispiels Radebeul wird diesen Fragen in dem vorliegenden Artikel nachgegangen.

Radebeul zählt zu den jungen¹ und wohlhabenden Städten Sachsens. Im Wirtschaftsjahr 2018 erzielte die Stadt 4.894.110,87 Euro Jahresüberschuss. Seit 2016 liegt die Arbeitslosenquote unter fünf Prozent, was statistisch als Vollbeschäftigung gilt.² Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung macht etwa zwei Prozent aus. Nach Analyse der Deko, dem Wertpapierhaus der Sparkasse, nimmt Radebeul mit 54.071 Euro Privatvermögen pro Einwohner*in nach Moritzburg den zweiten Platz in der Liste der Kommunen mit dem höchsten Vermögen im Landkreis Meißen ein.

Seit 1. August 2001 ist der parteilose Bert Wendsche Oberbürgermeister von Radebeul. Er ist seit 2019 auch stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Meißner Kreistag sowie Präsident des Sächsischen Städte- und Gemeindetags.

Mit Oberbürgermeister Wendsche sitzen seit der Kommunalwahl vom 26. Mai 2019 im Stadtrat von Radebeul 35 Kommunalpolitiker*innen. Die Fraktionen Bürgerforum/Grüne/SPD und CDU verfügen über jeweils neun Sitze, die AfD hat sechs Sitze, die Freien Wähler Radebeul sind mit fünf Stadträt*innen, die LINKE mit drei und die FDP mit zwei vertreten.

Im Vergleich zur Kommunalwahl vom 25. Mai 2014 verzeichneten die Freien Wähler Radebeul mit 8,6 Prozent die stärksten Verluste, gefolgt von der CDU mit einem Minus von 5,6 Prozent. Die Linke verlor 3,6 Prozent, die SPD verzeichnete ein Minus von 2,7 Prozent. Die NPD trat nicht mehr zur Kommunalwahl an. Die FDP gewann 0,1 Prozent, Bürgerforum/Grüne gewannen 4,2 Prozent hinzu. Die AfD erhielt insgesamt 10.572 absolute Stimmen und kam auf 19,1 Prozent, womit sie drittstärkste Kraft wurde. Damit zog sie erstmals am 26. Mai 2019 mit sechs Männern, von denen keiner kommunalpolitische Erfahrungen besitzt, in den Stadtrat von Radebeul ein.

Detlev Spangenberg sitzt seit 2017 für die AfD im Bundestag und René Hein war bis zum Kreisparteitag der AfD Meißen (24. November 2018) Vorsitzender des Kreisverbandes. Hein trat nicht mehr an, und Spangenberg wurde als sein Nachfolger gewählt. Neben Spangenberg sind Stephan Waidmann und Johannes Albert im aktuellen Kreisvorstand der AfD. Die beiden erstgenannten sitzen zudem im Kreistag von Meißen. René Hein ist seit September 2019 Landtagsabgeordneter der AfD. Er ist Sprecher für Jagd, Wald und Forst der AfD-Fraktion. Im Kandidatencheck des MDR gibt er

„Innere Sicherheit“, „Migrationspolitik“ und die „Anhebung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ als die wichtigsten Themen an.

Der Beobachtungszeitraum für unseren Artikel umfasst sechs Stadtratsitzungen nach der konstituierenden Sitzung im August 2019. In diesem Zeitraum wurden Anträge größtenteils von der Verwaltung eingebracht. Es gab nur einen CDU-Antrag und einen Antrag von der Fraktion Bürgerforum/Grüne/SPD.

Laut den Protokollen, in denen die Stellungnahmen der Fraktionen vor Abstimmung der Beschlussvorlagen niedergelegt sind, waren die Wortbeiträge der AfD auffallend kurz. Meistens signalisierte sie schnell ihre Zustimmung zu den Anträgen. In wenigen Fällen haben sich René Hein und Johannes Albert zu Wort gemeldet. Die Möglichkeit, Anfragen zu stellen, wurde von allen Fraktionen wenig genutzt: Bürgerforum/Grüne/SPD stellten drei Anfragen, die FDP und die AfD stellten jeweils nur eine Anfrage. Die AfD reichte am 5. November 2019 der Verwaltung eine schriftliche Anfrage zum „Umgang mit Fundtieren in der Stadt“ ein.

Die Inaktivität zeigt sich auch an der Facebook-Seite der AfD-Stadtratsfraktion, die seit Oktober bis Redaktionsschluss nicht mehr aktualisiert wurde.

KEINE ZUSAMMENARBEIT ODER NUR MANGELNDE ABGRENZUNG ZUR AFD?

Zur konstituierenden Sitzung am 28. August 2019 betonte die Vorsitzende der Fraktion Bürgerforum/Grüne/SPD Eva Oehmichen, die freiheitliche Demokratie schützen und engagiert und fröhlich gestalten zu wollen. Dazu werde ihre Fraktion in den nächsten Wochen Vertreter*innen von CDU, Freien Wählern Radebeul, der Linken und der FDP sowie Oberbürgermeister Wendsche einladen. Die AfD-Fraktion wurde explizit nicht angesprochen. Oehmichen schloss die Rede mit dem Wunsch nach einer „kritischen, sachlichen und konstruktiven gemeinsamen Arbeit mit allen demokra-

tisch gesinnten Stadträtinnen und Stadträten.“ Nur so könne das Beste für die Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.³

Die Fraktionen von CDU, FDP, Linke sowie Freie Wähler Radebeul betonten ihr Angebot zur Zusammenarbeit mit allen Stadtratsfraktionen. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Hein erklärte: „Die Interessen bei unserer Fraktion - da ist eindeutig Radebeul an ers-



ter Stelle. Natürlich unter dem Kontext unseres Parteiprogramms, das ist klar, aber ich denke, dass gerade im Stadtrat hauptsächlich kommunalpolitische Themen bearbeitet werden, entschieden werden, die jenseits einer Ideologie, egal ob einer grünen oder roten oder welcher auch immer, entschieden werden müssen. In dem Sinne bieten wir natürlich auch allen anderen Stadträten, ich betone allen, die entsprechen-

de Zusammenarbeit an (...)“⁴ Weiter sprach er von den „bösen Rechtspopulisten“, die auch in Radebeul angekommen seien.

Ein Großteil der konstituierenden Sitzung nahm die Gremienbesetzung ein. Einer der drei beschließenden Ausschüsse des Stadtrates ist der Stadtentwicklungsausschuss. Von den elf Sitzen dieses Ausschusses entfallen je drei auf die Fraktionen Bürgerforum/Grüne/



Foto: Neja Hrovat

SPD und CDU, je zwei Sitze auf die AfD und die Freien Wähler und ein Sitz auf Die Linke.⁵

Am 3. September 2019 entschied der Stadtentwicklungsausschuss über die Wahl von drei sachkundigen Persönlichkeiten für die Jury des Bauherrenpreises. Dieser wird seit 1997 von der Stadt gemeinsam mit dem „Verein für Denkmalpflege und neues Bauen

Radebeul e.V.“ verliehen und ist eine Anerkennung für herausragende und ortstypische Baugestaltungen oder Sanierungen von Bauvorhaben. Gewählt werden sollten drei Mitglieder und drei Stellvertreter*innen. Zur Wahl vorgeschlagen wurden Johannes Domasch (FDP-Stadtrat und pensionierter Geschäftsführer) und Gabriele Schirmer (Architektin) als Mitglieder. In der Beratung schlugen sich Angela Zscheischler (Bürgerforum/Grüne/SPD) und Matthias Hoffmann (AfD) als Mitglieder selbst vor. Domasch und Schirmer erhielten jeweils neun Stimmen, Zscheischler und Hoffmann je sechs Stimmen. Nach Auswertung der Stichwahl setzte sich Hoffmann mit sechs Stimmen vor Zscheischler mit fünf Stimmen durch. Angela Zscheischler, Eva Maria Schindler (Freie Wähler Radebeul) und Eva Oehmichen (Bürgerforum/Grüne/SPD) wurden als Stellvertreterinnen gewählt. Der Tagesspiegel schrieb dazu: „In geheimer Wahl entschied Hoffmann die Kampfabstimmung mit sechs zu fünf Stimmen für sich. Wer sich die Mehrheitsverhältnisse im Ausschuss betrachtet, für den ist offenkundig: Neben der AfD und vermutlich einem Stadtrat der Freien Wähler haben offenbar alle drei CDU-Stadträte in dem Gremium für den AfD-Mann gestimmt.“ Stadtrat Martin Oehmichen (Bürgerforum/Grüne/SPD) wird in dem Artikel wie folgt zitiert: „Zwischen der CDU und der flüchtlingsfeindlichen, völkischen und tendenziell rassistischen Partei AfD bestehen in Radebeul kaum Berührungspunkte“. Bereits zur konstituierenden Stadtratssitzung nach der Kommunalwahl im Frühjahr habe die CDU ohne Not der AfD die Zusammenarbeit angeboten.⁶

Dr. Sven Eppinger, CDU-Stadratsmitglied, wird zur Kritik an einer Zusammenarbeit mit der AfD in Radebeul folgendermaßen zitiert: „Aufgebauschtes Zeug. Es gibt keine Zusammenarbeit, die über das normale Maß in den Kommunen hinausgeht.“ Es gehe im Stadtrat nicht um „parteipolitisches Denken“, sondern um „vernünftige Sacharbeit“. Und: „Es sind Menschen, mit denen arbeitet man zusammen.“ Die Vorwürfe der örtlichen Grünen bezeichnet Eppinger als „Hetze“. Wirklich verwundert ist er darüber nicht. Schließlich sei die Öko-Partei in Radebeul seiner Ansicht nach „eher linksradikal“ eingestellt.⁷



Foto: Neja Hrovat

In der Stadtratssitzung am 9. Oktober 2019 wurde das Thema nochmals aufgegriffen. Stadtrat Eppinger wies darauf hin, dass ihn die Fraktion Bürgerforum/Grüne/SPD immer falsch zitiere: Er habe nicht von „linksextrémistisch“, sondern von „eher linksradikal“ gesprochen. Zum Thema Zusammenarbeit und Abgrenzung führte Eppinger weiter aus: „Ich denke, auf kommunaler Ebene spielt es keine Rolle, welcher Partei irgendjemand angehört, oder was irgendjemand macht, sondern es zählt nur einfach der Mensch. Ist jemand ein anständiger Kerl, hat er die Interessen der Stadt im Blick oder hat er diese nicht. Aber per se zu sagen, weil jemand von den Linken ist, oder weil jemand von einer anderen Partei ist, arbeitet man nicht mit dem zusammen, das gefällt mir nicht.“ An die Fraktion Bürgerforum/Grüne/SPD gerichtet, fuhr er fort: „Dort werden Parteien, die zugelassen sind vom Wahlausschuss, als undemokratisch bezeichnet.“ Wenn jemand diejenigen als undemokratisch bezeichnen könne, sei das einzig und allein das Bundesverfassungsgericht.⁸

DIE HALTUNG ZUR RASSISTISCHEN PEGIDA-BEWEGUNG

Für den 17. Februar 2020 riefen PEGIDA und AfD zur 200. Kundgebung unter dem Motto „Das `Erfurter Erbeben` kommt nach Dresden“ auf. Ministerpräsident Kretschmer hatte einen Aufruf zur Gegenkundgebung unterzeichnet und getwittert: „Demokratie braucht Rückgrat. Wir alle tragen Verantwortung für unsere #Demokratie & ein friedliches Miteinander. Lassen Sie uns für unsere Werte, Anstand, Rechtsstaatlichkeit & offene Gesellschaft einstehen. Extremisten sind bei uns nicht willkommen. (SK)“

Die AfD reagierte scharf: „Gerade die CDU hat die de-saströse Politik, gegen die die Bürger auf die Straße gehen, vollumfänglich zu verantworten. Die CDU hat die Grenzen für die illegale und unkontrollierte Masseneinwanderung geöffnet und der Islamisierung weiteren Vorschub geleistet.“

An der Kundgebung von PEGIDA und AfD am 17. Februar 2020 nahm nach Angaben der Sächsischen Zeitung auch der Radebeuler CDU-Stadtrat Wolfgang Jacobi teil.⁹ Die Frage nach der Abgrenzung der CDU gegen PEGIDA und AfD wird von Stadtrat Oehmichen in einer Twitter-Meldung aufgeworfen: „Der #CDU #Stadtrat W. Jacobi unterstützt lieber #Pegida und #Höcke als Gegendemonstration von @MPKKretschmer und @CDU. Ist das diese sogenannte klare Abgrenzung?“

Die Radebeuler CDU schreibt in einer Erklärung, dass sie PEGIDA-Demonstrationen entschieden ablehne. Wörtlich heißt es: „Wer, wie die Wortführer von AfD und Pegida, angeblich im Namen des deutschen Volkes die europäische Integration, die parlamentarische Demokratie, den Rechtsstaat und unsere pluralistische Gesellschaftsordnung einschließlich der Medien verächtlich macht, der macht sich unbewusst oder bewusst zum Erfüllungsgehilfen derjenigen autoritären Staatsführer, die unsere Freiheit und unseren Wohlstand schwächen oder gar zerstören wollen.“ Gleichzeitig betont sie, dass „Mitglieder unterschiedliche Auffassungen zu aktuellen politischen Fragen haben und selbstverständlich auch haben dürfen.“ Das Rin-

gen um politische Lösungen setze die Kenntnis anderer Meinungen voraus. Ein echter Diskurs gelinge nicht ohne Vertrauen und die Achtung anderer Meinungen.¹⁰

Der Tagesspiegel zitiert den Vorsitzenden des CDU-Stadtverbandes mit den Worten: „Ein Hauptgrund für mein (zeitaufwändiges) Engagement in der CDU ist es, dazu beizutragen, dass die AfD bei kommenden Wahlen deutlich weniger Stimmen bekommt. Ich stelle jedoch seit langem fest, dass die Strategie des Eindreschens, des Moralisierens und Abkanzeln bisher das Gegenteil bewirkt hat.“ Deshalb beteilige er sich daran nicht, sondern werbe für „kontinuierliche Sacharbeit“.¹¹

FAZIT

In zum Teil drastischen Worten formulieren Stadträte der CDU ihre Abgrenzung zur Fraktion Bürgerforum/Grüne/SPD – Parteien, mit denen man mit Ausnahme des Bürgerforums sogar zusammen auf Landesebene regiert. Ob der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes die von ihm ausgemachte „Strategie des Eindreschens, des Moralisierens und Abkanzeln“ gegenüber der AfD seinen eigenen Parteikollegen oder den politischen Kontrahenten unterstellt, bleibt unbeantwortet. Klar ist für ihn, dass diese Strategie das Gegenteil bewirkt. Von einer klaren Position bezüglich des Umgangs mit einer „in weiten Teilen antidemokratische(n), geschichtsvergessene(n), faschistoide(n) und menschenverachtende(n) Partei“¹² sind die Radebeuler CDU-Stadträte noch ein Stück entfernt.

-
- 1 | Radebeul erhielt erst am 01.04.1924 Stadtrecht.
- 2 | Die Zahl der Arbeitslosen lag zum 30.09.2018 bei 584 Personen.
- 3 | Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Stadtrates Radebeul vom Mittwoch den 28.08.2019.
- 4 | Ebenda.
- 5 | Beschluss-Nr.: SR 04/19-19/24.
- 6 | <https://www.tagesspiegel.de/politik/gegen-die-vorgaben-der-parteezentrale-so-haeufig-kooperieren-cdu-und-afd-in-ost-deutschen-kommenen/25019576.html>
- 7 | Ebenda.
- 8 | Siehe Niederschrift der Sitzung des Stadtrates Radebeul vom 09.10.2019, Seite 12 und 13.
- 9 | <https://www.saechsische.de/plus/radebeuler-cdu-stadtrat-bei-pegida-jubilaeum-5177112.html>
- 10 | https://www.cdu-radebeul.org/loka_1_1_111_Die-Haltung-der-Radebeuler-CDU-zu-Demokratie-und-Streitkultur-in-unserer-Zeit.html
- 11 | <https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsradikale-in-sachsen-cdu-stadtrat-aus-radebeul-marschierte-bei-pegida-mit/25584720.html>
- 12 | Siehe CDU Deutschland: Unsere Haltung zu Linkspartei und AfD, S.5. https://www.cdu.de/abgrenzung_afd_linke

Foto: Milou Jerzak







Foto: Neja Hrovat

- 3 -

„MIT UNS KANN MAN IMMER REDEN“

AFD UND PRO CHEMNITZ SUCHEN ANSCHLUSS IM CHEMNITZER JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Auf den Tischen liegen Papierstapel. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses blättern durch Beschlussvorlagen und Änderungsanträge, während Stadtrat Maik Otto (SPD) die Sitzung eröffnet. Da öffnet sich die Tür des Stadtverordnetensaals, und Stadtrat Nico Köhler (AfD) hastet quer durch den Saal zu seinem Platz.

ALLTAG IM CHEMNITZER JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Am 19. November 2019 geht es im Jugendhilfeausschuss der Stadt Chemnitz um den Erzieher*innenmangel in Kitas. Die Vorlage des Jugendamts schlägt eine finanzielle Unterstützung für freie Träger vor, die Quereinsteiger*innen eine praxisintegrierte Ausbildung als Erzieher*innen anbieten. Außerdem informiert Amtsleiterin Gunda Georgi über eine Änderung der Qualifikationsverordnung. Dadurch wird der Erzieher*innenberuf ab sofort auch für Personen mit anderen Berufsabschlüssen zugänglich.

Hier meldet sich Köhlers Fraktionskollege Sven Bader (AfD) zu Wort. Er erzählt eine Anekdote über Eltern, die sich bei ihm über einzelne Lehrer*innen beschwert hätten. Die Unterrichtsqualität bei Quereinsteiger*innen sei diesen Beschwerden zufolge oft mangelhaft, manche Kinder könnten am Ende des ersten Schul-

jahres noch nicht flüssig lesen. Sozialbürgermeister Ralph Burghart (CDU) bleibt ganz ruhig. Freundlich weist er Bader darauf hin, dass über die Einstellung von Lehrer*innen – anders als bei Erzieher*innen – nicht die Kommune, sondern das Landesamt für Schulen und Bildung entscheide. Er verspricht, Baders Problembeschreibung weiterzugeben.

Die Vertreter(*innen)¹ von AfD und Pro Chemnitz machen Bemerkungen, die mit dem aktuellen Tagesordnungspunkt wenig zu tun haben und mangelnde Fachkenntnis vermuten lassen. Die Vertreter*innen der anderen Fraktionen reagieren mit respektvoller Freundlichkeit. Beschlüsse werden einstimmig gefasst. Angehörige rechter Fraktionen kritisieren zwar die Vorlagen der anderen, stellen gelegentlich sogar Änderungsanträge, winken aber trotzdem alles durch.

KONFLIKT UM DIE WAHL DER VERTRETER*INNEN FREIER TRÄGER

Die Besucher*innentribüne des Stadtverordnetensaals ist an diesem Tag gut gefüllt. Neben einer Gruppe Studierender der Sozialen Arbeit sitzen dort auch einige Angestellte des Alternativen Jugendzentrums e.V. (AJZ) und Sabrina Jäger, Koordinatorin des Netzwerks für Kultur- und Jugendarbeit e.V.

Das Netzwerk ist ein Dachverband, der 72 Chemnitzer Vereine vertritt – darunter auch das AJZ. Bis zur Neuwahl des Jugendhilfeausschusses im August 2019



Foto: Michael Naitke

saßen Jäger und eine ihrer Kolleginnen als stimmberechtigte Mitglieder im Saal.

Der Jugendhilfeausschuss hat großen Einfluss auf die Arbeit des Jugendamts. Er entscheidet über Maßnahmen der Jugendhilfe, verteilt Fördergelder an freie Träger, wird vom Stadtrat angehört und kann dort selbst Anträge stellen. Vorsitzende des JHA ist die Oberbürgermeisterin. Acht stimmberechtigte Mitglieder wählt der Stadtrat aus den eigenen Reihen in den Ausschuss, sechs stimmberechtigte Mitglieder wählt er als Vertreter*innen der Träger der freien Jugendhilfe und Wohlfahrtsverbände. Zwei eben dieser Sitze hat das Netzwerk für Jugend- und Kulturarbeit durch die Neuwahl verloren. Jetzt verfügt ein einziger Träger – das solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen – über zwei der sechs Sitze. Drei weitere Sitze gingen an kirchennahe Institutionen.

Sabrina Jäger kritisiert die neue Zusammensetzung. „Kinder und Jugendliche brauchen eine Vielfalt von Angeboten, von traditionell über kirchlich bis alternativ“, sagt sie. „Das Problem ist: Diese Vielfalt der Trägerlandschaft ist in der aktuellen Besetzung des Jugendhilfeausschusses überhaupt nicht mehr vertreten.“

Die Spitzen- und Dachverbände der freien Träger hatten eine miteinander abgestimmte Liste von Vertreter*innen zur Wahl gestellt² – doch gewählt wurden andere. Jäger sieht darin einen Verstoß gegen die Vorgabe des Sozialgesetzbuches, die Vorschläge der Jugend- und Wohlfahrtsverbände angemessen zu berücksichtigen. Deshalb hat das Netzwerk beim Verwaltungsgericht Klage eingereicht. Das Rechtsamt der Stadt Chemnitz hatte die Wahl nach einer eigenen Prüfung für rechtsgültig erklärt.³

NEUE MACHTVERHÄLTNISSE IM STADTRAT

Der Konflikt um die freien Träger im Chemnitzer Jugendhilfeausschuss ist eine Folge des Rechtsrucks bei den Kommunalwahlen im Mai 2019. Die Alternative für Deutschland erreichte dabei 17,9 Prozent der Stim-



Foto: Michael Natke

men. 2009 lag sie noch bei 5,6 Prozent. Die rechte Bürgerinitiative Pro Chemnitz konnte sich gleichzeitig von 5,7 auf 7,7 Prozent steigern.⁴ Im JHA verfügen AfD und CDU über jeweils zwei Sitze, Pro Chemnitz, SPD, Linke und Grüne über jeweils einen.

Zu den Protagonisten von Pro Chemnitz gehört Martin Kohlmann, Fraktionsvorsitzender, Ex-Republikaner und einer der wichtigsten Akteure der rassistischen Aufmärsche in Chemnitz im Spätsommer 2018. Kohlmanns Vater, Karl Kohlmann, sitzt seit August 2019 für Pro Chemnitz im Jugendhilfeausschuss. Wenn er verhindert ist, vertritt ihn sein Sohn. Stadtrat Nico Köhler, der bis 2016 CDU-Mitglied war und jetzt für die AfD im JHA sitzt, ist für seine Präsenz bei rechten Demonstrationen gegen eine Unterkunft für Asylsuchende in Einsiedel bekannt.⁵

Mit einer Mehrheit aus AfD, Pro Chemnitz, CDU und FDP wählte der Chemnitzer Stadtrat im August 2019 die neue Besetzung des JHA. Alle der bisherigen Ver-

treterinnen und einer der bisherigen Vertreter von freien Trägern verloren dadurch ihren Sitz. Bleiben durfte lediglich der Vertreter des evangelisch-lutherischen Jugendpfarramts. Tino Fritzsche, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Stadtrat, betonte, dass es dazu keine Absprachen mit anderen Fraktionen gegeben habe. „Wir haben die gewählt, die wir schon immer gewählt haben“, sagte er gegenüber der Freien Presse⁶. Anscheinend waren sich AfD, Pro Chemnitz, CDU und FDP auch ohne Absprachen einig.

Eine gemeinsame Erklärung der Stadtratsfraktionen von Linken, SPD und Bündnis 90/ die Grünen kritisiert das Wahlergebnis scharf:

„Es folgt daraus eine nie dagewesene Konzentration fördermittelantragstellender Träger (...) Das ist ein absolutes Novum der bisherigen Praxis im Stadtrat und stellt jedes Funktionieren der Pluralität in der Jugendhilfe in Frage.“⁷

Das AJZ interpretiert die Wahl als Ende der Abgrenzung der „konservativen von den reaktionär-faschistischen Fraktionen des neuen Stadtrats“.⁸ Sogar die Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, zu der die im neuen Jugendhilfeausschuss vertretenen Träger Caritas und Stadtmission gehören, kritisiert in einer Pressemitteilung die Wahl aus fachlicher Sicht.⁹

DIE RECHTEN STIMMEN FÜR FÖRDERUNG DES AJZ

Am 10. Dezember 2019 steht im Jugendhilfeausschuss der „Maßnahmenplan zur Förderung der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe“ auf der Tagesordnung. Direkt nach der Vorstellung der Beschlussvorlage meldet sich Stadtrat Martin Kohlmann (Pro Chemnitz) zu Wort. Er bezeichnet das AJZ als linksextrem und beantragt, dem Träger die Mittel für politische Jugendbildung zu streichen.¹⁰

Nach Kohlmann spricht Stadtrat Kai Hähner (CDU). Hähner erntete 2010 für eine homofeindliche E-Mail an den Leipziger CSD bundesweite Kritik¹¹. Im Chemnitzer Jugendhilfeausschuss stellt Hähner zunächst eine Nachfrage zu Tarifsteigerungen. Dann bezweifelt er den Rechtsanspruch nach SGB VIII im Fall der linken Organisation SDJ- die Falken. Und dann kündigt er an, im nächsten Jahr die Arbeit des AJZ genau zu beobachten.

Christin Furtenbacher (Grüne) und Dr. Sandra Zabel (Die Linke) verteidigen das AJZ und die Falken. Pro Chemnitz und AfD wiederholen ihre Spitzen gegen das „linksextreme“ AJZ. Der Änderungsantrag von Pro Chemnitz wird mit elf von vierzehn Stimmen abgelehnt. Daraufhin beschließt der Jugendhilfeausschuss einstimmig den unveränderten Maßnahmenplan. Wenige Tagesordnungspunkte später schlägt das Jugendamt eine Satzungsänderung vor. Dadurch wird das Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss berufen. Jäger hatte diese Änderung im September beantragt. Beratende Mitglieder haben zwar ein Rede-, aber kein

Stimmrecht. Bisher gehören z.B. die Leiterin des Jugendamts, ein Pfarrer und die Sportjugend zu den beratenden Mitgliedern. In der Diskussion sprechen sich AfD und Pro Chemnitz heftig gegen die Aufnahme des Netzwerks aus. Es folgt die kontroverseste einstimmige Abstimmung seit der Wahl des JHA: acht Ja-Stimmen, sechs Enthaltungen. Die geänderte Satzung enthält auch eine neue Soll-Regelung, nach der pro Träger maximal ein*e Vertreter*in gewählt wird.

„Die Atmosphäre im Jugendhilfeausschuss hat sich verändert“, sagt Jäger. „Früher war die Zusammenarbeit angenehm und konstruktiv. Da haben wir fachliche Diskussionen geführt und viele Nachfragen gestellt. Derzeit prallen eher zwei Fronten aufeinander und es scheint wenig Konsens zu geben. Zumal die Vertreter*innen von AfD und Pro Chemnitz oftmals ihre fehlende Sachkenntnis durch Verallgemeinerungen und Anfeindungen unterstreichen.“

BETRIEBSINTERNA IM JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28. Januar 2020 beginnt mit dem Abschlussbericht eines Modellprojekts der solaris gGmbH – des Trägers, der wie oben beschrieben zwei von sechs Sitzen der freien Träger inne hat. Constanze Schwegler, Justiziarin der solaris gGmbH, stellt das Modellprojekt vor. Dessen Ziel war, Synergieeffekte zwischen Schulsozialarbeit sowie offener Kinder- und Jugendarbeit zu nutzen. Mittlerweile haben sich jedoch die politischen Rahmenbedingungen auf Landesebene geändert, die Schulsozialarbeit wird aus einem anderen Topf finanziert.¹² Schwegler erklärt, das Modellprojekt werde nicht fortgeführt.

Dieses ernüchternde Fazit will Stadtrat Hähner (CDU) nicht so stehen lassen. Es sei ein erfolgreiches Projekt gewesen, betont er, auch wenn es nicht fortgesetzt werde. Beim letzten Bericht des Modellprojekts stand Hähner noch in seiner Rolle als kaufmännischer Leiter der solaris gGmbH vor dem JHA, jetzt sitzt er als

CDU-Stadtrat im Saal.¹³ Die Folge: Die betriebsinterne Auseinandersetzung um das Modellprojekt findet nun auch im Jugendhilfeausschuss statt.

Kurz darauf beantragen SPD und Grüne die Einführung von „Willkommensbesuchen“ – präventive Besuche von Sozialpädagog*innen und Hebammen bei Eltern von Neugeborenen. Der Freistaat Sachsen fördert das Programm zu 65%, zwölf andere Kommunen haben den Ansatz bereits eingeführt.¹⁴ Pro-Chemnitz-Stadtrat Karl Kohlmann wettet dagegen: Eltern müssten sich eigeninitiativ über Hilfsangebote informieren. Da dreht sich Stadtrat Nico Köhler (AfD) zu den Antragseinbringer*innen um. „Wir sind dafür“, sagt er. „Sie hätten den Antrag auch mit uns zusammen schreiben können. Mit uns kann man immer reden.“ „Mit wem zusammen ich einen Antrag einbringe, entscheide ich immer noch selbst“, entgegnet Stadtrat Maik Otto (SPD).

Sabrina Jäger beobachtet diese Szene von der Besucher*innentribüne aus. Zwar hat der Stadtrat auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschlossen, das Netzwerk zum beratenden Ausschussmitglied zu machen – doch nun herrscht Unklarheit darüber, wie genau der Träger seine*n Vertreter*in bestimmen muss. „Wir dachten zuerst, wir können einfach jemanden benennen“, sagt Jäger. „Aber vielleicht muss die Person auch vom ganzen Stadtrat gewählt werden.“ Die Stadtverwaltung ist zu Redaktionsschluss dieser Publikation noch immer mit der juristischen Prüfung beschäftigt.

- | | |
|---|---|
| <p>1 <i>Mit Ausnahme der Sitzung am 10.12.2019 wurden AfD und Pro Chemnitz ausschließlich von Männern vertreten. Am 10.12.2019 kam Diana Rabe, stellvertretendes Ausschussmitglied der AfD, an Stelle von Nico Köhler zum Einsatz. Sie ist die einzige Frau der 11-köpfigen AfD-Stadtratsfraktion. Für Pro Chemnitz sitzen ausschließlich Männer im Stadtrat und im JHA.</i></p> <p>2 <i>Liga der freien Wohlfahrts-pflege in Chemnitz (23.08.2019): Stellungnahme zum Artikel vom 23.08.19, in der Freien Presse, Chemnitzer Zeitung.</i></p> <p>3 <i>MDR (04.09.2019): Streit um den Jugendhilfeausschuss in Chemnitz – Verband will klagen.</i></p> <p>4 <i>Stadt Chemnitz (2019): Endgültiges Wahlergebnis.</i></p> <p>5 <i>MDR (2017): Direktkandidaten aus Sachsen – Nico Köhler. Freie Presse (2016): Einsiedel: Wirbel um Einsatz von CDU-Funktionär.</i></p> <p>6 <i>Freie Presse (2019): Stadtrat: Streit um neuen Jugendhilfeausschuss</i></p> <p>7 <i>Gemeinsame Presseerklärung LINKE, GRÜNE, SPD (22.08.2019): „Jugendhilfeausschuss von CDU in seiner Vielfalt zerstört“</i></p> | <p>8 <i>AJZ Chemnitz (04.09.19): Der Abschied von der Pluralität des Chemnitzer Jugendhilfeausschusses</i></p> <p>9 <i>Liga der freien Wohlfahrts-pflege in Chemnitz (23.08.2019): Stellungnahme zum Artikel vom 23.08.19, in der Freien Presse, Chemnitzer Zeitung</i></p> <p>10 <i>Änderungsantrag von Pro Chemnitz zur Beschlussvorlage B-328/2019</i></p> <p>11 <i>U.a. queer.de (22.07.2010): CDU-Politiker: CSD „verteilt“ Jugendliche, Sachsen Fernsehen (23.07.2010): CDU-Politiker Kai Hähner sorgt mit homophobem Feedback zum Leipziger CSD für Aufsehen. Leipziger Volkszeitung (24.07.2010): „Abnormalität“: Mail von CDU-Politiker an Leipziger CSD-Organisatoren löst Proteste aus.</i></p> <p>12 <i>Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Förderung von Schulsozialarbeit im Freistaat Sachsen (2017)</i></p> <p>13 <i>Broschüre „20 Jahre solaris“</i></p> <p>14 <i>Beschlussantrag Nr. BA-001/2020</i></p> |
|---|---|



Foto: Michael Mattke

- 4 -

EIN PRÄZEDENZFALL IN SACHSEN

„Döbeln ist eine Stadt, in der man gut leben kann. Dazu gehören nicht nur die schönen und angenehmen Dinge, sondern auch Einrichtungen, die einfach wichtig sind, weil Menschen Kinderbetreuung benötigen, krank werden, Hilfe brauchen oder sich mit anderen austauschen möchten.“¹ So steht es auf der Homepage der Stadt unter dem Menüpunkt „Leben in Döbeln“. Einem der Orte in Döbeln, an dem Menschen sich austauschen können, drohte um die Jahreswende 2019/2020 die Existenzgrundlage entzogen zu werden. Soziokulturelle Angebote, vom Seniorentanz über Siebdruck- und Fahrradwerkstatt, Jugendkultur bis hin zu Veranstaltungen mit politischen Themen, hätten entweder stark eingeschränkt oder ganz eingestellt werden müssen. Für die Nutzer*innen dieser Angebote, die es in dieser Form weder in Döbeln noch in der näheren Region noch einmal gibt, wäre die Stadt deutlich weniger lebenswert geworden.

Die Rede ist von dem Verein Treibhaus e.V. und der dazu gehörigen Veranstaltungs- und Begegnungsstätte Café Courage. Der Antrag auf institutionelle Förderung aus Mitteln nach dem Sächsischen Kulturraumgesetz im Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen drohte abgelehnt zu werden - nicht aus fachlichen Gründen, sondern wegen des Vorwurfs von Abgeordneten der AfD in Stadtrat, Kreis- und Landtag, „offen mit linksextremistischen Gruppierungen“ zu sympathisieren und „ihnen eine Plattform“ zu geben.²

Die Strategie der AfD ist bekannt: Initiativen, Vereinen, Projekten, die sich aktiv und kritisch der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft verschrieben haben, sollen die öffentlichen Mittel entzogen werden.

Es geht um nicht weniger als die Durchsetzung einer völkischen Deutungshoheit zu gesellschaftspolitischen Themen. Bereits in der letzten Legislaturperiode des Landtags mehrten sich Anfragen der AfD-Fraktion nach der Förderung von Vereinen und Projekten, die politische Bildungsarbeit leisten. Im Falle des Kinder- und Jugendrings des Landkreises Leipzig wurde u.a. danach gefragt, ob der Verein eine „Extremismusklausel“ unterzeichnet habe.³ In der Anfrage zur Förderung von Einrichtungen für politische Bildung erkundigten sich die Fragesteller nach der Wahrung von „Neutralität“ im Zusammenhang mit der Förderung parteinaher politischer Stiftungen.⁴ Mehrfache Anfragen nach der Förderung des Netzwerkes für demokratische Kultur e.V. in Wurzten zielten z.B. darauf ab, eine möglichst genaue Übersicht nach jeglicher Art von Landesförderung für den Verein zu erhalten: Förderrichtlinien, Art der Projekte und Maßnahmen, Höhe der Förderung usw.⁵ Diese kleine Auswahl verdeutlicht bestimmte Aspekte, die für die AfD wichtig sind: Sind geförderte Träger möglicherweise „linksextremistisch“? Wie steht es um die „Neutralität“ politischer Bildung?⁶ Und das Sammeln von Daten über die Förderung von Vereinen, die von der AfD als „links“ resp. „linksextrem“ wahrgenommen werden.

Der nächste Schritt ist dann der Versuch, solchen Vereinen kommunale und Landesfördermittel zu streichen. So geschehen im Falle des Treibhaus e.V.

Bereits im Jahr 2017 unterstellte Dr. Rolf Weigand (AfD), seit 2018 Mitglied des Sächsischen Landtages und seit 2019 auch Kreisrat im Landkreis Mittelsachsen, in einer Pressemitteilung dem Verein „linksex-

treme Verbindungen“. Eine Veranstaltung zum Thema „Neue Rechte“, die sich an Multiplikator*innen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie an Mitarbeiter*innen aus öffentlichen Einrichtungen und Verwaltung richtete, wurde „28 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur“ als „eine Art ‚Parteischulung gegen die Konterrevolution‘“ von ihm beschrieben.⁷ Die AfD geriert sich damit zum einen als Erbin der Demokratiebewegung der 1980er Jahre in der DDR und knüpft an positiv besetzte historische Narrative an, um die eigene Legitimität und Bedeutung zu erhöhen. Zum anderen erfolgt eine Dämonisierung des Treibhaus e.V. im Konkreten sowie gegenwärtiger kritisch-politischer Bildung im Allgemeinen durch die Gleichsetzung mit politischer Indoktrination seitens der SED in der DDR. Beide Bezüge halten einer Überprüfung nicht stand.

Das Narrativ des „linksextremen Vereins“ taucht in der Folge immer wieder auf. Im Frühjahr des Jahres 2019 erfragte Dr. Weigand (AfD) eine Übersicht sämtlicher Fördergelder, die von der Stadt Döbeln, dem Landkreis Mittelsachsen und dem Land an den Treibhaus e.V. gezahlt wurden.⁸ Eine zweite Anfrage unterstellte dem Verein, „offen Sympathien zur Antifa und anarchistischem Gedankengut“ aufzuweisen. Als Beleg dienten Screenshots der Homepage, auf denen entsprechende Symbole erkennbar seien. In den Augen der AfD war damit ein Grund gegeben, den Treibhaus Döbeln e.V. nicht mehr zu fördern. Zudem wird erfragt, ob und gegebenenfalls wie der Verein mit einem Sprengstoffanschlag auf das AfD-Bürgerbüro in Döbeln vom 3. Januar 2019 in Verbindung zu bringen sei.⁹

Diese Zusammenstellung ist interessant. Zwar taucht in beiden Anfragen das Wort „linksextrem“ nicht auf, jedoch werden Anarchismus und Antifa in der politischen Diskussion häufig mit Gewalt und „Linksextremismus“ in eins gesetzt.¹⁰ Genau dieser Zusammenhang wird mit der Anfrage bedient. Zusätzlich wird, ohne stichhaltige Anhaltspunkte zu haben, ein Zusammenhang zwischen dem Treibhaus e.V. und einer Gewalttat hergestellt. Hiermit beginnt eine gezielte Kampagne gegen den Treibhaus e.V. Eine Pressemitteilung des AfD-Kreisverbandes Mittelsachsen vom 19. Mai 2019 schlägt einen noch größeren Bogen: von Antifa- und anarchistischen

Aufklebern im Café Courage zu den „Aktivitäten der Antifa bei dem G20-Gipfel in Hamburg oder in Leipzig Connewitz“. Dem folgt dann die Aufforderung an „die Staatsregierung, den Landrat und den zukünftigen Oberbürgermeister von Döbeln ..., derartige Strukturen zur Rechenschaft zu ziehen und alle finanziellen Mittel einzustellen, bis sich der Verein klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt und dies auch auslebt. Dazu gehört im ersten Schritt, dass die Symbole entfernt und solchem Gedankengut keine Plattform mehr geboten wird.“¹¹

Bereits in ihrem Kreistagswahlprogramm beschrieb der Kreisverband Mittelsachsen der AfD dieses Anliegen:

.....

- jegliche Art von Extremismus effektiv und konsequent bekämpfen, kein Gesinnungsbonus für linksextreme Vereine – diesen werden wir die Gelder streichen. ...

- Gemeinnützigkeit von Vereinen im (vor-)politischen Raum prüfen – Fördergelder nur bei Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ...“¹²

Zwar wird zunächst von „jeglichem Extremismus“ gesprochen, jedoch sollen nur angeblich „linksextremen Vereinen“ die Gelder gestrichen werden.

Die Aufforderung an die sächsische Landesregierung blieb folgenlos. Diese sah aufgrund der von der AfD vorgelegten Materialien keinerlei Veranlassung, daran zu zweifeln, dass der Treibhaus e.V. öffentliche Fördermittel erhalten kann.

Anders sahen es die Fördermittelgeber, als es um die Vergabe der Mittel aus dem Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen ging. Die Kulturraumförderung setzt zwingend voraus, dass die Sitzgemeinde des jeweiligen Antragstellers sich an der Förderung mit einem bestimmten Prozentsatz beteiligt. Die AfD-Fraktion im Döbelner Stadtrat bemühte sich intensiv darum, die Bewilligung dieser städtischen Mittel zu verhindern.

Das Bild des „Linksextremismus“ und den missbräuchlichen Bezug zur Opposition in der DDR suchte die AfD-Stadtratsfraktion jetzt zusätzlich mit einer Neiddebatte zu komplettieren. Eine „Stellungnahme



Foto: Neja Hrovat

der AfD-Stadtratsfraktion Döbeln zu Presseberichten nach der Stadtratssitzung am 26.09.2019 in Döbeln“ führt aus, dass „viele größere Vereine [...] mit einem Bruchteil von dem auskommen [müssen], was der Treibhaus e.V. jährlich nicht zuletzt an Personalkosten einfährt.“ Zweifellos ist das bürgerschaftliche Engagement vieler Aktiver in Vereinen und Initiativen sehr hoch einzuschätzen, jedoch kein Grund, die einen gegen die anderen auszuspielen. Im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft wäre danach zu fragen, was nötig ist, um das Engagement von Menschen angemessen zu ermöglichen!

Das Bild „linksextremer Gewalt“, die angeblich vom Treibhaus e.V. ausgehen könnte, wird in dieser Stellungnahme weiter zugespitzt. Mit dem Verweis auf eine unbewiesene Behauptung, dass „ein mutmaßlicher Attentäter [...] auch im ‚Café Courage‘ gesichtet worden sein [soll]“¹³, was zeige, „dass unser [der AfD – Anm. Autor*in] Verweis auf Hamburg und Connewitz nicht unberechtigt“ sei, wird geschlussfolgert, dass „in Döbeln [...] der Terror bereits angekommen [ist].“¹⁴ Um nicht missverstanden zu werden: Ein Sprengstoffanschlag gegen ein Bürger*innenbüro gleich welcher Partei oder politischen Vereinigung ist mit keiner noch so vermeintlich politisch-progressiven Absicht zu rechtfertigen. Hier geht es jedoch darum, ein singuläres Ereignis einem politisch missliebigen Verein anzulasten und zu einer terroristischen Bedrohung aufzuwerten. Dazu wird ein Vergleich mit überregionalen Ereignissen bemüht, ohne die konkreten Umstände und Zusammenhänge überhaupt in Betracht zu ziehen. Allein das Bild einer nicht näher beschriebenen „Antifa“ führt von Aufklebern zu gewalttätigen Ausschreitungen, die ihrerseits überregionale Medienberichterstattung zeitigten. Die konkreten Aktivitäten des Treibhaus e.V. tauchen in dieser Argumentation nicht auf, sie sind völlig nebensächlich! Von Interesse ist einzig ein verleumderisches Bild, das die AfD zeichnet.

In den Blick zu nehmen ist jedoch noch eine weitere Absicht der AfD in dieser Pressemitteilung: der Brückenschlag zur CDU. Deren Mitglieder – so wird vermutet – unterlägen einem Fraktionszwang und dürften deshalb nicht gegen den nötigen Sitzgemeindeanteil für

Kulturraumförderung für den Treibhaus e.V. stimmen: „Bei allen Unterschieden dürfen wir es nicht zulassen, dass hier ein Keil zwischen beide bürgerlich-konservative Parteien getrieben wird. Wenn sich die CDU auf ihre einstigen Werte, die nun die AfD verkörpert, zurückbesinnt, steht einer Zusammenarbeit nichts im Wege.“¹⁵ Hier zeigt sich ein zentrales Moment der Auseinandersetzung mit der AfD: Inwieweit gelingt die Abgrenzung zu einer Partei mit einem mehrfach deutlich gewordenen faschistischen Potenzial, das eine wirkliche Gefährdung für eine demokratische Gesellschaft darstellt?

Der Stadtrat beschloss nach intensiver Diskussion, den Verein auch im Jahr 2020 finanziell zu unterstützen, wenngleich nicht in der vom Treibhaus e.V. beantragten Höhe.¹⁶ Anders gestaltete sich die Diskussion im Kulturkonvent¹⁷ des Kulturraumes Erzgebirge-Mittelsachsen. Die beratenden Mitglieder des Kulturkonvents der



AfD, Dr. Jörg Brettschneider (Landkreis Mittelsachsen) und Thomas Müller (Erzgebirgskreis) hatten auch hier gefordert, den Verein zukünftig nicht mehr zu fördern. Die stimmberechtigten Mitglieder des Konvents, die Landräte des Landkreises Mittelsachsen, Matthias Damm, und des Erzgebirgskreises, Frank Vogel (beide CDU), stellten daraufhin die Vergabe der Mittel zurück. Die Freigabe wurde unter der Bedingung in Aussicht gestellt, dass der Verein eine „Neutralitätserklärung“ abgibt und gewaltverherrlichende Propaganda in den Vereinsräumen einschließlich des Café Courage entfernt. Ein Novum in der Geschichte des Konvents.¹⁸ Diese Entscheidung macht erneut deutlich, dass das Argument „politischer Neutralität“, wie bereits oben gezeigt, ein zentrales Moment in der politischen Auseinandersetzung ist und dass an diesem Punkt Anschlussfähigkeit erreicht werden kann. Es ist hier nicht der Raum, diese Debatte nachzuzeichnen. Es ist jedoch zu fragen, inwieweit das Eintreten für eine demokra-

tische Gesellschaft politisch „neutral“ sein kann? Zu fragen ist ebenso, was in den Augen der AfD politische „Neutralität“ in der politischen Arbeit bedeutet? Nach Dr. Weigand geht es z. B. um eine „wertneutrale Diskussionskultur“ an Schulen.¹⁹

Politische Werte, die Ausdruck von politischen Interessen sind, werden in Abhängigkeit von den jeweiligen weltanschaulichen Positionen von Menschen geteilt oder abgelehnt. Sie unterliegen einem gesellschaftlichen Aushandlungs- und Veränderungsprozess. „Neutral“ sind sie jedoch nie! Derartige Forderungen nach einer vermeintlichen „Neutralität“ erklären die eigene politische Meinung zur einzig richtigen und möglichen und sind damit eine Absage an eine plurale Gesellschaft.

In den folgenden Wochen versuchte die AfD Mittelsachsen mit mehreren Pressemitteilungen²⁰ Stimmung zu erzeugen. Neu ist, dass der AfD-Kreisverband Ende Dezember 2019 von der Forderung nach einer „politischen Neutralität“ abrückte. Betont wird jetzt, dass es um die „Achtung der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung, insbesondere vor dem Gewaltmonopol des Staates“ gehe.²¹ Weder die Satzung noch das Selbstverständnis des Treibhaus e.V. stehen dem entgegen.²² Der einzige Beleg, dass der Verein angeblich „linksextrem“ sei, bleiben Sticker und Plakate auf den unterschiedlichsten Flächen im Café Courage, angebracht von Nutzer*innen der Räume in den letzten 20 Jahren. Auch durch ihre Teilnahme an Veranstaltungen des Treibhaus e.V. fanden AfD-Mitglieder keine weiteren, insbesondere keine inhaltlichen Anhaltspunkte.²³ Zusätzlich wurde versucht, einen Zusammenhang zwischen Antifa RDL (Rosswein-Döbeln-Leisnig) und dem Treibhaus e.V. zu konstruieren.²⁴ Diesbezügliche Kleine Anfragen im Sächsischen Landtag lieferten jedoch nicht die erhofften Belege.²⁵

Der Kulturkonvent beschloss nach einstimmigem Votum des Beirates die institutionelle Förderung des Treibhaus e.V. in seiner Sitzung am 29. Januar 2020.²⁶ Die AfD bezeichnete daraufhin die CDU als mutlos.²⁷ Der von der AfD erhoffte Schulterchluss mit der CDU blieb aus.



Foto: Neja Hrovat





Foto: Neja Hrovat

Es bleibt der bedrückende Erfolg der AfD, mit Behauptungen einen Verein, der sich seit Jahren aktiv für soziokulturelle Angebote in der Region und die Stärkung einer pluralen, streitbaren demokratischen Gesellschaft einsetzt, öffentlich in Frage gestellt und die institutionelle Förderung zeitweilig ausgesetzt zu haben. Es wird nicht der letzte Versuch bleiben. Die Argumente (und auch die Strategie) dürften sich wiederholen:

- Der positive Bezug zur Opposition in der DDR, die durch die AfD vermeintlich fortgesetzt wird.
- Die Bezeichnung von Vereinen und Initiativen als „linksextrem“ mit verleumderischer Absicht.
- Der Versuch, eine Neiddebatte zu führen und ehrenamtliches Engagement von Bürger*innen gegeneinander auszuspielen.
- Der Versuch, einen Schulterchluss mit der CDU her- und sich selbst damit als konservative bürgerliche Kraft darzustellen.

Es ist an den demokratischen Kräften – Parteien, Vereinen, Bürger*innen – die Auseinandersetzung um eine offene, plurale, streitbare, emanzipative Gesellschaft aktiv und offensiv zu führen.

| | |
|---|--|
| <p>1 https://www.doebeln.de/index.php/leben-in-doebeln [zuletzt eingesehen am 05.03.2020]</p> <p>2 <i>Stellungnahme der AfD-Stadtratsfraktion Döbeln.</i></p> <p>3 <i>Vgl. SLT, Drs.-Nr. 6/12428</i></p> <p>4 <i>Vgl. SLT, Drs.-Nr. 6/8285</i></p> <p>5 <i>Vgl. SLT, Drs.-Nr. 6/12727; 6/16673</i></p> <p>6 <i>Um das Thema eines vermeintlichen oder auch tatsächlichen „Neutralitätsgebots“ im Bereich der politischen Bildung entbrannten in den letzten Jahren heftige Debatten, in deren Kern es darum geht, inwieweit die parteipolitische Neutralität des Staates auf bürgerschaftliches</i></p> | <p><i>Engagement in Vereinen übertragbar ist, wenn diese im Bereich politischer Bildung auf der Basis staatlicher Förderung aktiv sind. Vgl. z.B. Cremer (2019), Hufen (2018).</i></p> <p>7 <i>Pressemitteilung der AfD Mittelsachsen.</i></p> <p>8 <i>Vgl. SLT, Drs.-Nr. 6/17312</i></p> <p>9 <i>Vgl. SLT, Drs.-Nr. 6/17730</i></p> <p>10 <i>Es ist hier nicht der Raum, auf die wissenschaftlich umstrittene „Extremismustheorie“, deren Übersetzung in pauschalisierende politische Kampfbegriffe und damit einhergehende theoretische Verkürzungen einzugehen. Die desaströsen Folgen für die politische Auseinandersetzung sind jedoch erheblich.</i></p> |
|---|--|

| | |
|---|---|
| <p>11 <i>Pressemitteilung der AfD Mittelsachsen.</i></p> <p>12 <i>Kreiswahlprogramm der AfD Mittelsachsen, 2019.</i></p> <p>13 <i>Die Aussage bezieht sich auf eine*n der drei mutmaßlichen Täter*innen des Sprengstoffanschlags auf das Büro der AfD in Döbeln vom 03.01.2019.</i></p> <p>14 <i>Pressemitteilung der AfD Mittelsachsen.</i></p> <p>15 <i>Pressemitteilung der AfD Mittelsachsen.</i></p> <p>16 https://www.lvz.de/Region/Doebeln/Treibhausverein-gibt-nach-Niederlage-im-Stadtrat-nicht-auf [zuletzt eingesehen am 08.03.2020]</p> <p>17 <i>Über die Vergabe der Fördermittel nach dem Sächsischen Kulturraumgesetz entscheidet der Kulturkonvent im Benehmen mit dem Kulturbeirat. Dem Konvent gehören in den ländlichen Kulturräumen die Landräte der beiden zum jeweiligen Kulturraum gehörenden Landkreise als stimmberechtigte Mitglieder sowie je zwei von den Kreistagen gewählte Vertreter*innen und der Vorsitzende des Kulturbeirates als beratende Mitglieder an. In den Beirat werden Sachverständige berufen. Der Konvent ist nicht an die Empfehlungen des Beirates gebunden, muss Abweichungen jedoch schriftlich begründen. Vgl. Sächsisches Kulturraumgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.12.2018, §4.</i></p> | <p>18 https://www.lvz.de/Region/Doebeln/Doebelner-Treibhaus-kann-doch-Kulturraumgeld-bekommen [zuletzt eingesehen am 08.03.2020]</p> <p>19 <i>Blaue Post. Zeitung der AfD-Fraktion Sachsen, Nr. 26, S.5.</i></p> <p>20 <i>Pressemitteilungen der AfD Mittelsachsen.</i></p> <p>21 <i>Ebenda.</i></p> <p>22 <i>Selbstverständnis des Treibhaus e.V. online unter https://treibhaus-doebln.de/selbstverstaendnis [zuletzt eingesehen 08.03.2020] Die Satzung ist auf der angegebenen Seite verlinkt. Auch eine Anfrage im Sächsischen Landtag seitens der AfD zeitigt keine anderen Ergebnisse. Vgl. SLT, Drs.-Nr. 942.</i></p> <p>23 <i>Pressemitteilung der AfD Mittelsachsen.</i></p> <p>24 <i>Ebenda.</i></p> <p>25 <i>SLT, Drs.-Nr. 7/1498;</i></p> <p>26 https://www.kulturraum-erzgebirge-mittelsachsen.de/blog/index.php?nachschielag-an-foerdermitteln-von-rund-188-000-eur-fuer-das-jahr-2020-vom-kulturkonvent-des-kulturraumes-erzgebirge-mittelsachsen-beschlossen [zuletzt eingesehen 8.03.2020]</p> <p>27 <i>Pressemitteilung der AfD Mittelsachsen.</i></p> |
|---|---|

- 5 -

WÄHLEN UND WÄHLEN LASSEN — UMGANG DER „MITTE“ MIT RECHTEN AKTEUR*INNEN IN KOMMUNAL- PARLAMENTEN IN SÜDWESTSACHSEN

Die Region Südwestsachsen ist nicht erst seit den Ausschreitungen und Demonstrationen in Chemnitz 2018 durch teils überraschende Schulterschlüsse zwischen Neonazis, der „Neuen Rechten“ und Akteur*innen der sogenannten „Mitte“ aufgefallen. Was sich auf offener Straße ereignete, spiegelt sich auch auf politischer Ebene wider. Mit den Kommunalwahlen erhielten die AfD sowie rechte Wähler*innenvereinigungen hohe Zustimmungswerte und damit mehr Möglichkeiten der Einflussnahme in der Kommunalpolitik. Trotz Unvereinbarkeitsbeschlüssen und anderen Abgrenzungsversuchen von Seiten der demokratischen Parteienlandschaft, gab es seit den Kommunalwahlen Schlüsselmomente, die an der Ernsthaftigkeit dieser Positionierungen in einzelnen Fällen zweifeln lassen. Im Folgenden interessiert uns, wie sich die demokratischen Kräfte in den Kommunalparlamenten und Kreistagen der Region gegenüber rechten Akteur*innen seit den Kommunalwahlen im Mai 2019 verhalten. Welchen Umgang haben sie gefunden? Ist ein solcher überhaupt erkennbar? Anhand schlaglichtartiger Beispiele, die wir im letzten Jahr als problematisch wahrgenommen haben, werden wir verschiedene Verhaltensweisen bewerten und illustrieren, was dies für die demokratische Kultur bedeutet.

Das Auftreten von neonazistischen und neurechten Parteien und Wähler*innenvereinigungen in Kommunal- und Kreisparlamenten ist dabei nicht neu und stellt die demokratischen Fraktionen vor Herausforderungen, die zum Teil schon aus Erfahrungen mit der NPD bekannt sind. Dennoch gibt es gewichtige Unterschiede zwischen der NPD und den derzeitigen Akteur*innen am rechten Rand. Zu beobachten ist

z.B., dass Akteur*innen der „Neuen Rechten“ als weniger gefährlich wahrgenommen werden. Das schlägt sich in den ausgewählten Beispielen auch im Umgang mit ihnen nieder. Werfen wir zuerst einen Blick nach Zwickau.

MACHTERHALT UND ANLASSLOSE ZUGESTÄNDNISSE

Mit der Neubesetzung des Stadtrates in der Großen Kreisstadt Zwickau im Mai 2019 änderten sich die Mehrheiten zum Teil deutlich. Die CDU verlor 11 Prozentpunkte, die AfD konnte 13 Prozent zulegen, womit nun beide Parteien mit jeweils 11 Sitzen im Stadtrat vertreten sind.¹ Bereits im Zuge der ersten Sitzung ließ sich beobachten, dass ein gemeinsames Abstimmungsverhalten mit der AfD auf Kommunalebene für die Zwickauer Fraktion aus CDU und FDP unter bestimmten Vorzeichen nicht ausgeschlossen zu sein scheint.

Gemeinsam mit der AfD lehnte die CDU-FDP-Fraktion geschlossen einen Antrag der „Bürger für Zwickau“ ab, der ein verändertes Berechnungsverfahren für die Vergabe von Plätzen in Ausschüssen und anderen Gremien vorsah.² Dies hätte kleineren Fraktionen ein deutlich größeres Mitspracherecht ermöglicht. Gleichzeitig hätte es die AfD – im Vergleich zur nun beibehaltenen Berechnung – acht und die CDU-FDP-Fraktion drei Sitze gekostet. Hierin lag folglich eine Möglichkeit, die Einflussmöglichkeiten der AfD deutlich zu reduzieren. Es bedeutete jedoch gleichzeitig den eigenen Macht-



Foto: Neja Hrovat

bereich einzuschränken. Fraktionschef Dr. Thomas Beierlein von der CDU kommentierte gegenüber der „Freie Presse“, dass nicht die eigene Partei mit der AfD gestimmt habe, sondern andersherum.³ Dass die CDU hierbei durchaus kalkuliert gehandelt haben könnte, zeigt sich an den Vorgängen zur Vergabe der Posten für den Verwaltungsrat der Zwickauer Sparkasse. So zog man den eigenen Kandidaten zurück und stimmte für den AfDler Wolfgang Elsel. Als Erklärung wurde laut „Freie Presse“ dessen Kompetenz herangezogen.⁴ Ein Blick auf die formalen Kompetenzen legt dies nicht nahe. Schließlich ist Elsel Arzt, wohingegen der Kandidat der CDU, Gerald Otto, seit 1999 im Verwaltungsrat der Sparkasse Zwickau tätig war, seit 2009 im Sächsischen Landtag sitzt und zudem eine Volontärsausbildung im Bankwesen vorweisen kann.⁵

Zu Redaktionsschluss lässt sich bei all dem nicht klar erkennen, geschweige denn mit Sicherheit sagen, ob und an welcher Stelle der CDU-FDP-Fraktion in Zwickau Vorteile aus diesen „Geschenken“ erwachsen könnten. Stattdessen bleibt die interessierte Öffentlichkeit mit Unbehagen und offenen Fragen zurück.

DER PRAGMATISMUS DER "MITTE" IM VOGTLAND

Auf der ersten Sitzung des neugewählten Kreistags Vogtland am 12. September 2019 wurden vor allem Ausschüsse, Beiräte und andere Gremien neu besetzt. So auch die Sitze für die Verbandsversammlung des Planungsverbandes Chemnitz. Diese verantwortet die Strukturierung der regionalen Raumplanung, also etwa die Planung von Verkehrswegen, Industrie- oder Gewerbegebieten. Für die vier auf den Landkreis Vogtland entfallenden Sitze waren die vier größten Fraktionen des Kreistages – die CDU (27 Sitze), die Linke (11 Sitze), AfD (10 Sitze) und SPD (9 Sitze) – berechtigt, Kandidat*innen zu benennen. Die FDP-Fraktion, der der Plauener Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer angehört, war entsprechend nicht befugt. Gleichzeitig konnte die AfD-Fraktion keine geeignete Person finden. Das führte dazu, dass sich Ralf Oberdorfer laut

Recherche der „Freie Presse“ vom 14. September 2019 anbot, diese Lücke zu füllen.⁶ Trotz starker Irritation und Unmutsbekundungen verschiedener Kreisrät*innen und einem Versuch der Fraktion der Grünen, dies zu verhindern, wurde Oberdorfer auf der Liste der AfD auch mit den Stimmen der AfD gewählt und ließ kein Problembewusstsein erkennen. So argumentierte Oberdorfer gegenüber der „Freie Presse“, dass nur eine starke Vertretung des Vogtlandkreises von Belang sei und er viele Verbindungen zu Fachleuten hätte, die dies sicherstellten. Empörung löste sein Vorgehen nicht nur bei Grünen, Linken und SPD aus. Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Dieter Kießling erklärte, dass man einen solchen Sitz – der mit den Stimmen der AfD zustande kam – unmöglich annehmen könne.⁷ Unabhängig davon, wie die Fragen nach Kompetenz und Mitsprachemöglichkeiten hier im Einzelnen zu beantworten wären, so handelt es sich beim Vorgehen von Oberbürgermeister Oberdorfer um einen klaren Tabubruch, der nicht zurückzunehmen ist. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der historischen Fehlentscheidungen während der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen im Februar 2020, bei der sich Oberdorfers Parteifreund Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ und diese Wahl auch annahm. Es ließe sich argumentieren, dass es sich um sehr unterschiedliche Situationen, Posten und Machtpotenziale handelt. Doch das Problem geht tiefer und setzt früher an. Was wir auf kommunaler Ebene erleben, ist eine Normalisierung jener Kooperationen mit der AfD. Wie in Thüringen wird mit Pragmatismus argumentiert. Doch wer die AfD behandelt wie eine normale demokratische Kraft, sich auf Aushandlungsprozesse und gegenseitige Gefallen einlässt, normalisiert mit der Partei und ihren Angehörigen auch die extrem rechten Inhalte, die in der Partei vertreten werden.

Diese Problematik tauchte in anderer Schattierung am 19. November 2019 im Stadtrat in Plauen wieder auf, dem Oberdorfer als Stadtoberhaupt vorsitzt. Tony Gentsch nutzte sein Rederecht, um sich unter dem Applaus eines Teils der AfD-Fraktion offen rassistisch über Asylsuchende zu äußern.⁸ Gentsch sitzt für die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ im Stadt-

rat und war laut unterschiedlicher Medienberichte in der Vergangenheit ein Mitglied des verbotenen Kameradschaftsnetzwerks „Freies Netz Süd“. Oberdorfer schritt laut einem Bericht der Freien Presse in seiner Funktion als Sitzungsleiter explizit nicht ein. Erst als dies moniert wurde, spielte er den Ball an den gesamten Stadtrat zurück und appellierte: „Führen Sie selbst eine Kultur ein, die alle akzeptieren.“⁹ Das ist jedoch ein recht schwieriges Unterfangen, wenn man bedenkt, dass dann gemeinsam mit einem langjährigen Neonazi eine demokratische Kultur ausgehandelt werden müsste. Der Stadtrat als demokratisches Versammlungsorgan, das auf dem Boden des Grundgesetzes steht, unterliegt bereits einer Kultur, die Gentschs Rassismus eindeutig bewertet. Es gilt allerdings, diese auch zu leben und die Wertvorstellungen des Grundgesetzes in der Versammlung durchzusetzen, was Oberdorfer als Versammlungsleiter hätte tun können.

Spannend ist zudem das Abstimmungsverhalten der AfD, die mit neun Personen im Stadtrat vertreten ist. Denn die Anträge von Gentsch auf der Sitzung des Plauener Stadtrates am 17. Dezember 2019 erhielten jeweils neun bzw. zehn Ja-Stimmen.¹⁰ Abzüglich seiner eigenen kamen also acht bzw. neun der Stimmen aus den Reihen der AfD,¹¹ was einen mindestens unbedarften Umgang mit offenkundigen Neonazis deutlich macht oder gar eine Sympathie mit dessen Positionen widerspiegelt.

FAZIT

Insgesamt gilt: Situationen mangelnder Abgrenzung oder gar Kooperation mit (extrem) rechten Akteur*innen einzeln zu betrachten und auf politischen Pragmatismus bzw. die separate Sachentscheidung zu reduzieren, verkennt die Tragweite solcher Einzelfälle. Die Einschätzung von Friedrich Merz, dass man über Zebrastreifen auch gemeinsam mit der AfD entscheiden könne, legt eine gewisse bundes- bzw. landespolitische Überheblichkeit gegenüber der kommunalen Ebene nahe. Gleichermaßen unterschätzt sie die Einflussmöglichkeiten und Gefahren für die demokrati-



Foto: Neja Hrovat

sche Kultur, die in der verstärkten Wirkung (extrem) rechter Gruppierungen in den Kommunalparlamenten liegen.

Mit jeder gemeinsamen Abstimmung, mit jeder ausgebliebenen Verwarnung bei rassistischen oder anderweitig diskriminierenden Kommentaren und jedem vergebenen Sitz in Ausschüssen wächst der Handlungs- und Resonanzraum rechter Akteur*innen. Ihre Haltungen können sich weiter verbreiten und sich damit im gesellschaftlichen Diskurs normalisieren. Sie erhalten Zugang zu Informationen und Entscheidungsmacht, die sie dezidiert auch zur Schwächung menschenrechtsorientierter und marginalisierter Gruppen nutzen können. Stimmen, die im ländlichen Raum Sachsens ohnehin wenig Gehör finden, während gleichzeitig an einer rechten Hegemonie gearbeitet wird. Dies muss den kommunalen Entscheidungsträger*innen klar sein und zur Grundlage für den weiteren Umgang mit rechten Wähler*innenvereinigungen gemacht werden. Denn ein Dulden, ein Anpassen der Politik oder sogar eine Kooperation mit jenen rassistischen und antidemokratischen Kräften ist nicht und war nie geeignet, um diese zurückzudrängen. Vielmehr ergibt sich daraus eine Abwärtsspirale, die sich früher oder später – wie in Thüringen – auch in den „höheren“ Ebenen der Politik niederschlagen wird.

- 1 | *Stadt Zwickau (2020): Wahlergebnisse, https://wahlen.zwickau.de/wahlen/2019/02_sr/index.html, 03.03.2020.*
- 2 | *Stellner, Michael (28.08.2019): CDU bricht gleich ein Tabu, <https://www.freiepresse.de/zwickau/zwickau/cdu-bricht-gleich-ein-tabu-artikel10593932>, 18.02.2020.*
- 3 | *Ebenda.*
- 4 | *Ebenda.*
- 5 | *Homepage Gerald Otto, Vita, <http://www.gerald-otto.de/index.php/vita>, 03.03.2020.*
- 6 | *Riedel, Ulrich (14.09.2019): Plauens OB fährt mit AfD-Ticket, <https://www.freiepresse.de/vogtland/reichenbach/plauens-ob-faehrt-mit-afd-ticket-artikel10613050>, 18.03.2020.*
- 7 | *Ebenda.*
- 8 | *Riedel, Ulrich (27.11.2019): AfD Applaus für rechte Parolen: OB lässt's laufen, <https://www.freiepresse.de/vogtland/plauen/afd-applaus-fuer-rechte-parolen-ob-laesst-s-laufen-artikel10668841>, 03.03.2020.*
- 9 | *Riedel, Ulrich (27.11.2019): AfD Applaus für rechte Parolen: OB lässt's laufen, <https://www.freiepresse.de/vogtland/plauen/afd-applaus-fuer-rechte-parolen-ob-laesst-s-laufen-artikel10668841>, 03.03.2020.*
- 10 | *Stadt Plauen, Stadtrat (2020): Niederschrift der 4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 17.12.2019 vom 28.01.2020, S. 11.*
- 11 | *Dies geht aus übereinstimmenden Schilderungen der offenen Abstimmung durch Teilnehmende an der Sitzung des Stadtrates am 17.12.2019 hervor.*

- 6 -

IN GOHRISCH TICKEN DIE UHREN ANDERS. DIE ODYSSEE EINER BÜRGERMEISTERWAHL IN SACHSEN.

Die erste Gemeinderatssitzung in Gohrisch nach den Kommunalwahlen im Mai fand im August 2019 statt und startete gleich mit einem Eklat. Einer der neu gewählten Gemeinderäte, Daniel Wojak von der Freien Wählergemeinschaft (FWG), wollte das Ehrenamt des Gemeinderates trotz erfolgreicher Wahl nicht antreten. Er begründete seine Entscheidung mit einer Schmutzkampagne gegen den Gohrischer Bürgermeisterkandidaten Maik Günther. Die Kampagne gegen Maik Günther habe nach Ansicht von Daniel Wojak ein solches Ausmaß angenommen, dass er in seinem Heimatort Gohrisch nicht ohne weiteres im Gemeinderat arbeiten könne. Das Rücktrittsgesuch von Daniel Wojak wurde vom Gohrischer Gemeinderat nicht angenommen. Eine Mehrheit aus Stimmen der CDU, AfD und der Wählervereinigung „Zukunft Gohrisch“ im Gemeinderat lehnte es ab. Sollte er nun Sitzungen absichtlich schwänzen, dann könnte ihm ein Ordnungsgeld auferlegt werden. Doch was war in Gohrisch geschehen, dass es letztlich soweit kam?

Die Gemeinde Gohrisch ist ein Zusammenschluss der Ortschaften Kleinhennersdorf, Cunnersdorf, Papstdorf und des Luftkurortes Gohrisch in der Sächsischen Schweiz. Insgesamt leben knapp 2.000 Menschen in der idyllisch gelegenen Gemeinde, die seit 2012 durch den parteilosen Heiko Eggert als Bürgermeister verwaltet wurde. Eggert wollte sein Amt im Frühjahr 2019 im Alter von 78 Jahren abgeben und sich zur Ruhe setzen. Deshalb sollte zu den Kommunal- und Europawahlen am 26. Mai 2019 auch ein neuer Bürgermeister gewählt werden. Die Partei Die Linke stellte gemeinsam mit der FWG den damals 37-jährigen Maik Günther als Kandidaten auf. Dieser war schon seit vie-

len Jahren im Gemeinderat und konnte seit 2015 auch Erfahrungen als stellvertretender Bürgermeister von Gohrisch sammeln. Weitere Kandidat*innen fanden sich nicht, sodass die Wahl von Günther zum neuen Bürgermeister als sicher erschien. Doch es kam anders als erwartet. Kurz vor dem Wahltermin wurde in der kleinen Gemeinde eine Verleumdungskampagne gegen Maik Günther gestartet. Mit Flugblättern und über Anrufe u.a. beim Arbeitgeber von Günther wurden Unwahrheiten verbreitet und in herabwürdigender Weise über dessen Privatleben berichtet. Wenige Tage vor der Wahl wurden die Wähler*innen in Gohrisch auf Flugblättern dazu aufgefordert, den Namen Christian Naumann auf den Wahlzettel zu schreiben. Das sächsische Wahlrecht erlaubt es, weitere Kandidaten auf die Wahlunterlagen zu schreiben, wenn nur eine Person zur Wahl steht.

Und so kam es zu einer Überraschung, denn in der ersten Auszählung lag der 69-jährige Christian Naumann mit 50,6 % der Stimmen vorn und hatte so eine Wahl gewonnen, zu der er scheinbar überhaupt nicht angetreten war. Diese Wahl nahm Naumann auch an. Dem frisch gekürten Bürgermeister machte jedoch der Gemeindevwahlausschuss im benachbarten Königstein einen Strich durch die Rechnung. Nach einer zweiten Stimmenauszählung kam der Wahlausschuss zu dem Ergebnis, dass die Hälfte der Stimmzettel ungültig waren. Zwar dürfen alle deutschen Staatsbürger*innen auf den Wahlzettel geschrieben werden, um Naumann eindeutig identifizieren zu können, hätte jedoch neben seinem Namen noch der Wohnort oder das Alter oder der Beruf erscheinen müssen. Ohne diese Angaben lässt sich – so sind die Regeln – nicht ausschließen,





Foto: Milou Jerzak

dass ein anderer Naumann gemeint sein könnte. Der Wahlsieger war nun doch Maik Günther, der die meisten der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Jedoch wollte Günther die Wahl nicht annehmen. Zu sehr hatte ihn die Kampagne gegen seine Person im Ort getroffen. Mit Rücksicht auf seine Gesundheit nahm er davon Abstand, der neue Bürgermeister des Ortes zu werden.

Zu den Neuwahlen, die für Januar 2020 angesetzt werden mussten, trat nun der pensionierte Kriminalist Christian Naumann offiziell als parteiloser Kandidat an. Den Wahlkampf für Christian Naumann gestaltete die neu gegründete Fraktion „Alternative Zukunft Gohrisch“. Die setzte sich zusammen aus Mitgliedern der AfD und der Wählervereinigung „Zukunft Gohrisch“. Als Herausforderer um den Posten des Bürgermeisters von Gohrisch trat der ebenfalls parteilose Johannes Dietrich an. Der Diplom-Ingenieur und Pädagoge Dietrich war wenige Jahre zuvor aus Berlin nach Gohrisch gezogen. Im Wahlkampf wiederholten sich die Vorgänge aus dem ersten Wahlgang im Frühjahr 2019. Es wurde mit Falschinformationen und Unterstellungen, die auch das Privatleben von Johannes Dietrich thematisierten, gearbeitet. Dazu erschienen Flugblätter im Ort und es wurde eine Fraktionszeitung der „Alternative Zukunft Gohrisch“ gedruckt.

Christian Naumann gewann die Bürgermeisterwahlen im Januar 2020 knapp vor seinem Herausforderer. In der ersten Gemeinderatssitzung nach der Wahl distanzierte sich der Gemeinderat Enrico Blechschmidt (FWG) deutlich von den Verunglimpfungen, mit denen im Wahlkampf in seinem Ort gearbeitet wurde. Der bei der Sitzung anwesende Christian Naumann sollte bezüglich der Schmutzkampagne der Fraktion „Alternative Zukunft Gohrisch“ Stellung beziehen, äußerte sich aber nicht zu den Vorwürfen.

Was in Gohrisch bleibt, ist ein vergiftetes politisches Klima und eine politische Kultur, die davon geprägt ist, dass man politische Gegner*innen mit Kampagnen verleumdet und verunglimpft.

In Gohrisch ist vieles anders. Überrascht hatte im September 2019 auch ein Gemeinderat, der über die Liste der Partei Bündnis90/Grüne gewählt wurde und eine gemeinsame Fraktion mit einem AfD-Mitglied und einem CDU-Vertreter gebildet hatte. Damit agieren zwei Fraktionen mit AfD-Beteiligung im Gemeinderat. Fragt man die Gemeinderäte vor Ort, dann antworten sie, in Gohrisch ginge es nicht um die großen politischen Themen und man sei eben miteinander verbündelt und arbeite an der Sache.

Der ländliche Raum in Ostdeutschland, zu dem Gohrisch in jedem Falle zählt, hat in den letzten 30 Jahren tiefgreifende soziokulturelle und demographische Umbrüche erlebt. Doch die politische Transformation ist nach über 30 Jahren Mauerfall weitestgehend abgeschlossen. Die politisch Handelnden in Gohrisch sind mündige und selbstbestimmte politische Subjekte. Und so mögen die einen behaupten, in Gohrisch ticken die Uhren einfach anders. Es ändert nichts an der Tatsache, dass man genauso gut die These aufstellen könnte, dass in Orten wie diesen die Normalisierung der AfD als scheinbar bürgerliche Partei bereits stattgefunden hat. In einer Region wie der Sächsischen Schweiz, wo die neonazistische NPD über viele Jahre zweistellige Prozentzahlen bei Wahlen einfahren konnte, erscheint die AfD im Vergleich dazu geradezu harmlos für viele Bürger*innen. Die alltägliche Akzeptanz der AfD auf der kommunalen Ebene kann aber in Gohrisch und anderswo auch dazu führen, dass die Partei bei Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen die Stimme der Dorfbevölkerung erhält. Spätestens dann geht es nicht mehr um die Abwasserpreise, die Zebrastreifen oder die maroden Spielplätze im Ort.

- 7 -

STIMMUNGSMACHE, HETZE, DIFFAMIERUNGEN. DAS BEISPIEL ARNSDORF UND SEINE HALTUNGS- STARKE BÜRGERMEISTERIN

Im Mai 2016 zerren vier Arnsdorfer Bürger Schabas Al-Aziz, einen jungen Iraker, der sich zur Behandlung im örtlichen Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie aufhält, gewaltsam aus einem Supermarkt und fixieren ihn mit Kabelbindern an einem Baum. Einer von ihnen ist der damalige CDU-Gemeinderat Detlef Oelsner. Der Fall sorgt deutschlandweit für Empörung. Arnsdorfs Bürgermeisterin Martina Angermann kritisiert das Verhalten. Einige Zeit später, im November 2019, wird Martina Angermann einen Antrag auf vorzeitigen Ruhestand einreichen. Deshalb stehen im April 2020 Neuwahlen an. Detlef Oelsner kandidiert – diesmal für die AfD. Im Folgenden werden die Entwicklungen vom Übergriff am Supermarkt zum Rücktritt der Bürgermeisterin cursorisch beschrieben. Ein Beispiel, wie augenscheinlich rechte Hetzer mit Stimmungsmache zum Erfolg kommen.



Foto: Neja Hrovat

Am frühen Nachmittag des 21. Mai 2016 gibt eine Mitarbeiterin eines Supermarktes in Arnstadt einen Notruf bei der Polizeidirektion Görlitz ab. Ein junger Mann befindet sich seit rund einer Stunde in dem Geschäft und verlässt dieses trotz mehrmaliger Aufforderungen nicht. Die Mitarbeiter*innen fühlen sich bedroht.¹ Es handelt sich um den 21-jährigen Schabas Al-Aziz.² Er hat Probleme mit seiner tags zuvor gekauften Prepaid-Karte fürs Telefon. Jedoch kann der Sachverhalt, vermutlich auch wegen sprachlicher Barrieren, nicht geklärt werden.³ Al-Aziz wird den Markt an diesem Tag noch zweimal betreten. Als die Polizei kurze Zeit später erneut zum Supermarkt gerufen wird, finden sie Al-Aziz ruhig auf einer Parkbank sitzend vor dem Laden vor. Nach kurzer Rücksprache mit ihm und dem Verkaufspersonal ergibt sich kein polizeilicher Handlungsbedarf, woraufhin der Einsatz beendet wird.⁴ Der dritte Notruf geht am frühen Abend ein. Al-Aziz soll, erneut im Supermarkt, bei einem Diebstahl erwischt worden sein. Als die Polizei eintrifft, findet sie Al-Aziz mit Kabelbinder fixiert an einem Baum vor dem Markt vor. Ca. 30 Personen begleiten die Szenerie. Die Polizei versucht, die vorausgegangenen Geschehnisse zu erfragen. Jedoch will sich niemand der Umherstehenden dazu äußern.⁵

Wenige Tage später wird von dem Vorfall ein Video im Internet veröffentlicht. In diesem ist zu sehen, wie Al-Aziz mit zwei Flaschen im Kassenbereich steht. Plötzlich betreten vier Männer den Laden, greifen ihn und bringen ihn gewaltsam nach draußen. Er wehrt sich, wird auf einen Tisch gezogen, bekommt Schläge ab. Es fallen Worte wie: „Du Schwein!“ Und: „Kriegst gleich noch eine.“ Die Männer gehen brutal vor. Am Ende des

Videos sagt die mutmaßlich filmende Person: „Es ist schon schade, dass man eine Bürgerwehr braucht, oder?“

Die beteiligten Männer sind bekannt. Zwei gehören dem örtlichen Rockerclub „Road Eagle MC“ an, ein weiterer ist Detlef Oelsner. Er ist zu dieser Zeit noch CDU-Gemeinderat in Arnsdorf. In der Jungen Freiheit, einer Wochenzeitschrift, die vom Politikwissenschaftler Gideon Botsch als „Sprachrohr einer radikal-nationalistischen Opposition“⁶ gesehen wird, äußert sich Oelsner zu dem Vorfall: „Wir haben gesehen, dass der aggressiv mit den Flaschen rumfuchtete und die Kassiererin bedrohte. Also sind wir dazwischen.“⁷ Betrachtet man das Video, lässt sich dieses aggressive Verhalten bis zum Eintreffen von Oelsner jedoch nicht beobachten.

Bürgermeisterin Martina Angermann verurteilt den Übergriff im Supermarkt. Das macht sie für einige Menschen in der Gemeinde zum Feindbild. Der Süddeutschen Zeitung gegenüber berichtet sie von Hassmails.⁸ Dabei ist Angermann in der Gemeinde eigentlich äußerst beliebt. Erst im Juni 2015 ist sie mit 75 Prozent der Stimmen als Bürgermeisterin wiedergewählt worden. Ihr damaliger Gegenkandidat, Detlef Oelsner, erhielt 25 Prozent der Stimmen.

Die Wahl 2015 wird von einem neuen Phänomen geprägt – dem Wahlkampf im Social-Media-Bereich. Außerdem fällt der Wahlkampf in die Hochzeit des Zuzugs von vielen tausend Schutzbedürftigen nach Deutschland – und damit in eine Zeit enormer gesellschaftlicher Polarisierung. Auf der einen Seite agieren zahllose Menschen, die Geflüchtete willkommen heißen und unterstützen. Auf der anderen Seite befinden sich Teile der Bevölkerung, die, angefeuert von Neonazis und extrem rechten Gruppierungen, Geflüchtete diffamieren und angreifen.

In dieser Gemengelage fällt in Arnsdorf eine Facebook-Seite namens „Arnsdorf 01477 Bürgerforum überparteilich“ (im Folgenden „ABü“) auf.⁹ Hinter der Seite steht laut Medienberichten neben anderen offensichtlich auch Arvid Samtleben, ein örtlicher Un-

ternehmer und ehemaliger Kreisvorsitzender der AfD. Er besitzt einige Häuser in Arnsdorf. Auf eines hat er vor einigen Jahren den Spruch anbringen lassen: „Der beste Platz für einen Bürgermeister ist das Wahlplakat. Dort ist er tragbar, geräuschlos, erfolgreich und leicht zu entfernen“.¹⁰

Die ersten Aktivitäten der Facebook-Seite datieren auf den 07. März 2015. Gegenstand der Diskussion ist, dass die Bürgermeisterin Angermann die Aufnahme von Geflüchteten in der Gemeinde befürwortet. Das sich selbst so bezeichnende „Bürgerforum“ verweist auf andere Gemeinden in Sachsen, in denen Geflüchtete nur Ärger gebracht hätten. Zur selben Zeit wird die Facebook-Seite bereits für den Wahlkampf benutzt. Der CDU-Mann Oelsner bekommt hier eine Plattform für seine Kandidatur und die Präsentation seiner Inhalte, die amtierende Bürgermeisterin des in finanzieller Schiefelage befindlichen Ortes wird fortlaufend kritisiert.

Diese beiden Themen, der Wahlkampf und der Zuzug von Geflüchteten, bleiben vorerst die Hauptthemen von ABü. Beschrieben wird beispielsweise, dass die Bürgermeisterin ein Konzept für eine Geflüchtetenunterkunft dem Gemeinderat mutwillig verheimlicht hätte, man fragt sich und die Leser*innen, ob Angermann „verpennt“ hätte, hohe Zuschüsse für den Ort zu besorgen und mutmaßt, dass sie sich allgemein nicht besonders für das Wohl der Arnsdorfer Bürger*innen interessiere und gegen sie handele. Offene Stimmungsmache mit Mutmaßungen und Unterstellungen. Einen Monat vor der Bürgermeisterwahl 2015 werden die Diffamierungen gegen Angermann in der Sächsischen Zeitung aufgegriffen. Im Artikel entsteht keine Klarheit über die Betreiber*innen der Facebook-Seite, sie werden ausführlich zitiert und können öffentlich behaupten, dass man anonym bleiben wolle aufgrund „der Tatsache, dass Frau Angermann immer wieder gegen Gewerbetreibende und Bürger massiv hinter den Kulissen vorging“. Man befürchte, „dass Frau Angermann wieder persönlich wird“.¹¹

Als Ende Mai in den Medien berichtet wird, dass der Landkreis mehr Geflüchtete aufnehmen wird, als bisher geplant und für deren Unterbringung die Einrich-

tung eines Heims in Arnsdorf geprüft würde, schüren die Autor*innen von ABü die Angst vor einer unkontrollierbaren Massenunterkunft. Auch Arvid Samtleben meldet sich zu Wort und macht dabei auch Stimmung gegen die Bürgermeisterin. Doch damit noch lange nicht genug: Wenig später behauptet er auf Facebook, geplante Investitionen in Millionenhöhe in Arnsdorf nicht mehr tätigen zu wollen, da sein eigenes Asylkonzept von der Gemeinde abgelehnt worden wäre. Nun würden dem Ort 15 Arbeitsplätze entgehen. Er rät auch anderen Gewerbetreibenden davon ab, in Arnsdorf aktiv zu werden und wirft Angermann implizit illegales Verhalten vor, unterstellt ihr „einen Kleinkrieg gegen Gewerbetreibende“ zu führen.

Im Oktober 2015 wird schließlich versucht, ein Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen, um zu verhindern, dass Objekte und Grundstücke in der Gemeinde für die Unterkunft von Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden. Beworben wird das Unternehmen auf der Facebook-Seite von ABü, treibende Kraft scheint das AfD-Mitglied Gerhard Oppermann.¹² Das Bürgerbegehren bleibt natürlich ohne Erfolg, da es nur über Fragen durchgeführt werden kann, die im Aufgabenbereich des Gemeinderates liegen. Die Unterbringung von Geflüchteten gehört jedoch nicht dazu. Einen vorläufigen Höhepunkt findet die Stimmungsmache schließlich, als am 11. Februar 2016 auf der ABü-Seite zu einer Demonstration vor dem Haus von Angermann aufgerufen wird.

Zurück zum Vorfall im Supermarkt im Mai 2016. Am frühen Nachmittag, rund vier Stunden vor dem Eintreffen von Oelsner und den drei anderen Männern, postet ABü auf Facebook, dass Al-Aziz im Laden ausgerastet sei und man eine Bürgerwehr gründen werde, wenn sich die Zustände in Arnsdorf nicht verbesserten und von den Plänen zur Unterbringung von Geflüchteten nicht abgerückt würde.

Der Vorfall im Supermarkt löst eine Debatte darüber aus, ob das Einschreiten der Gruppe als Selbstjustiz oder Zivilcourage zu werten sei.¹³ Oelsner selbst gibt in der Gemeinderatssitzung vom 20. Juni 2016 eine Erklärung zum Vorfall ab. Er bekräftigt, dass sein und das Handeln der anderen Mitstreiter als Zivilcourage

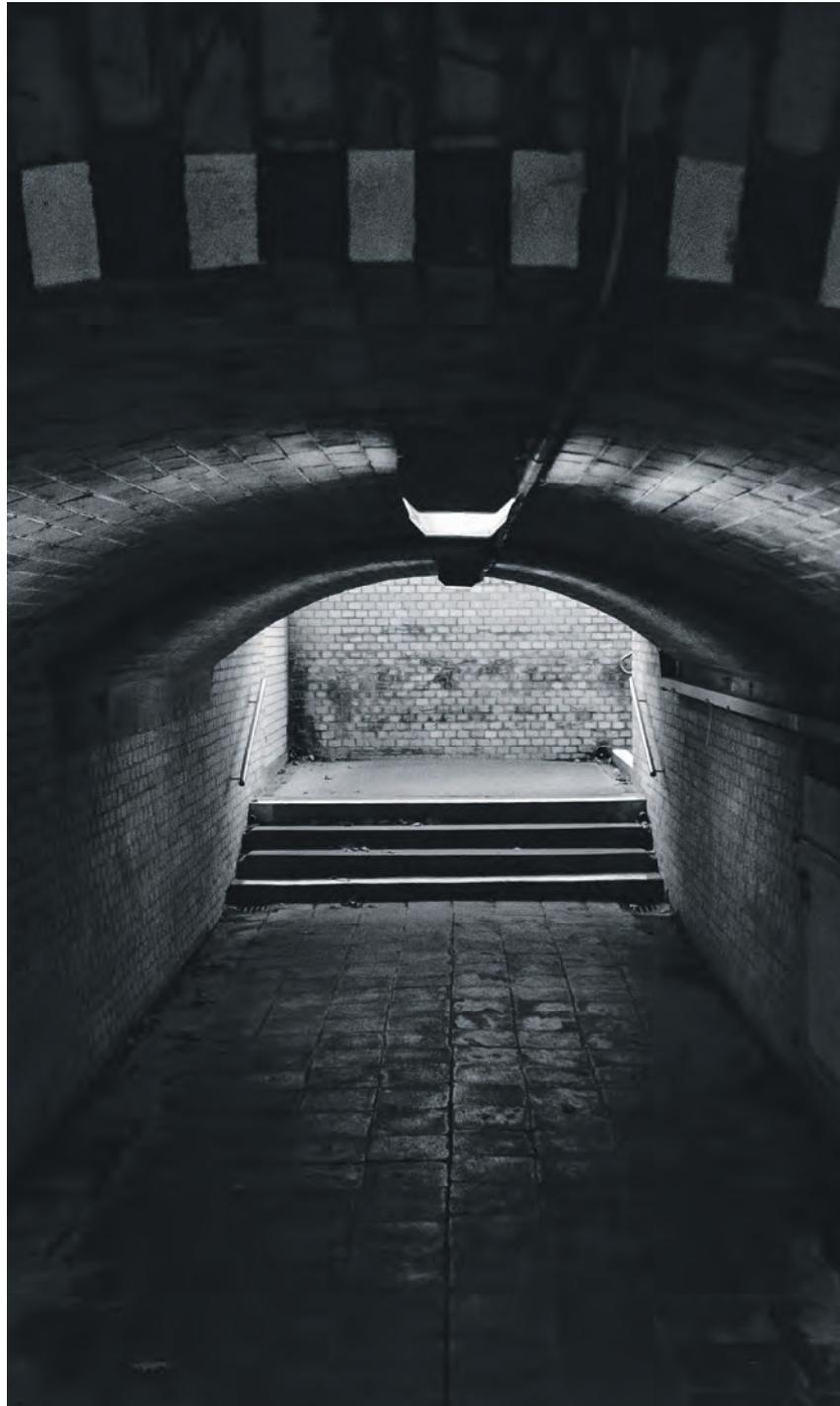


Foto: Neja Hrovat

zu werten sei und kritisiert Angermann sowie seinen eigenen CDU-Fraktionsvorsitzenden. Er schließt mit den Worten: „Der Streit ist kräftezehrend – aber er ist es wert, geführt zu werden; nicht für uns, sondern für unser Land. Und jeder ist willkommen, der ihn mit uns führen will“.¹⁴

Wenig später gießt der Görlitzer Polizeipräsident Conny Stiehl mit der Aussage, das Vorgehen „derjenigen, die uns zu dem Zeitpunkt geholfen haben, und das sage ich in vollem Bewusstsein, war korrekt [...] ich tue mich schwer zu sagen, notwendig“ weiter Öl ins Feuer.¹⁵ Die Stimmung in der Gemeinde ist zu diesem Zeitpunkt extrem gereizt. Die Meinungen der Bürger*innen sind gespalten. Ein Teil findet, die an dem Übergriff Beteiligten hätten Zivilcourage gezeigt. Andere halten das Vorgehen für unangemessen und maßlos übertrieben. Bürgermeisterin Angermanns Kritik sorgt so für weitere Angriffe der Verteidiger*innen Oelsners. Oppermann, der sich für das Bürgerbegehren verantwortlich zeichnet, kündigt in der letzten Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause gar ein neues Begehren an: die Abwahl der Bürgermeisterin.¹⁶



Foto: Neja Hrovat

Im Dezember 2016 wird Anklage erhoben. Und die Gruppe der Übergriffigen kann auf prominente Verteidiger bauen. Da ist zum einen der Dresdner Anwalt Maximilian Krahl, prominenter CDU-Aussteiger und heute EU-Abgeordneter für die AfD. Der zweite, Frank Hannig, ist ebenfalls Anwalt und Stadtrat für die Freien Wähler in Dresden. Er erlangt später Bekanntheit als Strafverteidiger von Stephan E., dem Mann, gegen den wegen Mordes an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke ermittelt wird. Der neurechte Verein „Ein Prozent“ schaltet einen Spendenaufruf: Ein Videoclip mit melancholischer Klaviermusik lässt drei der Angeklagten sowie Maximilian Krahl zu Wort kommen und stellt diese als eigentliche Opfer einer Medienkampagne vor. Auch Frank Hannig meldet sich eine Woche vor Prozessbeginn mit einem Youtube-Video zu Wort und beklagt eine Vorverurteilung seiner Mandant*innen durch die Medien. Der Einsatz zeigt Wirkung: Die rechte Gruppierung „Ein Prozent“ kann 20.000 Euro Spenden sammeln, berichtet die Süddeutsche Zeitung, und, dass die Angeklagten in der rechten Szene als Helden gefeiert werden. Zum Prozessauftritt am 24. April 2017 stehen ca. 100 Unterstützer*innen vor dem Amtsgericht Kamenz, darunter Politiker*innen von NPD, AfD sowie PEGIDA-Anhänger*innen. „Ein Prozent“ steuert vorgefertigte Schilder bei, die die Menschen hochhalten.¹⁷

Der 21-jährige Al-Aziz soll zum Prozess eigentlich als Zeuge aussagen. Dazu kommt es jedoch nicht. Am Ostermontag 2017 wird seine Leiche in einem Wald bei Tharandt gefunden. Gestorben ist er vermutlich schon im Januar 2017.¹⁸ Der Prozess gegen die vier Angeklagten wird nach wenigen Stunden überraschend eingestellt. Zur Begründung heißt es, „den Angeklagten könne höchstens eine sehr geringe Schuld nachgewiesen werden“.¹⁹

Die Hoffnung, dass mit dem Ende des Prozesses wieder Ruhe in Arnsdorf einkehrt, erfüllt sich nicht. Der Riss in der Bürger*innenschaft scheint sich eher zu vergrößern. Am Abend des Prozesstages, dem 24. April 2017, findet eine Gemeinderatssitzung statt. Daran nehmen auch einige Mitglieder des örtlichen Rocker-Clubs als Zuschauer teil. Den Beobachtungen der Sächsischen Zeitung folgend scheinen sie weniger Versöhnung zu



Foto: Michael Nattke

suchen, als ihren Sieg vor Gericht feiern zu wollen.²⁰ Dass die Einstellung eines Verfahrens keinen Freispruch bedeutet, spielt keine Rolle. Die Arnsdorfer Bürgermeisterin wird nun lautstark dazu aufgefordert, sich bei den Angeklagten zu entschuldigen. Forderungen nach ihrem Rücktritt werden laut. Auch andere Abgeordnete geraten nun ins Visier der Stimmungsmacher*innen. So ergeht es Kay und Sven Scheidemantel. Sie sitzen für die Fraktion Buntes Arnsdorf im Gemeinderat und haben sich stets gegen das Vorgehen der vier Angeklagten ausgesprochen. Die Stimmung in der Gemeinderatssitzung beschreiben sie als feindselig. Sven Scheidemantel berichtet der Sächsischen Zeitung, er fürchte um Leib und Leben, denn Sätze wie „Wir wissen, wo ihr seid.“ ließen nicht viel Interpretationsspielraum zu.²¹ Später stellt sich heraus, dass sowohl ein Staatsanwalt, als auch Zeug*innen vor dem Prozess bedroht worden sind.²² Die damalige Abgeordnete der Grünen im Sächsischen Landtag, Katja Meier, äußert gar den Verdacht, die Justiz könne vor den Bedrohungen eingeknickt sein.²³ Bürgermeisterin Angermann zeigt sich aufgrund der Zerrissenheit in der Gemeinde bereit, das Thema in einer Gemeinderatssitzung noch einmal ausführlich aufzuarbeiten. Dies sei jedoch, wie sie verlautbart, von der CDU-Fraktion nicht erwünscht.²⁴

Auch wenn es in den nächsten Monaten medial ruhiger um Arnsdorf wird, die Spaltung im Ort scheint tief zu sitzen. Im Netz, speziell auf der Facebook-Seite von ABÜ, geht die Stimmungsmache weiter. Mediale Berichterstattungen werden aufgegriffen, der Bürgermeisterin ihrerseits Hetze unterstellt.

Fortfolgend werden auch andere Themen kolportiert. Seien es Streitigkeiten zwischen Landratsamt und dem Unternehmer Samtleben um die Genehmigung für einen Parkplatz oder wie im Januar 2018 die Kritik, der Gemeinderat stelle angeblich zu wenig Mittel für das örtliche Freibad zur Verfügung – immer werden diese Auseinandersetzungen auch genutzt, um Stimmung zu machen.

Schließlich ruft der Autor, der bei ABÜ unter dem Namen „Arvid Immo Samtleben“ schreibt, auf: „Ich denke, wir sollten samt Rockern und Feuerwehren, Karnevalls e.V. und Sportverein mal wieder bei Frau Angermann zur Gemeinderatssitzung einfallen.“

Auch als es im Februar 2018 zu einem Brand in einem der Häuser von Arvid Samtleben kommt, ist auf der ABÜ-Facebook-Seite zu lesen, dass die SPD-Bürgermeisterin „persönlich Kapital aus dem Brand eines Mehrfamilienhauses“ schlagen wolle.

Später, so Aussagen der Bürgermeisterin, reicht Samtleben mehrere Dienstaufsichtsbeschwerden gegen sie ein, die zwar alle ins Leere laufen, jedoch sie selbst sowie die Verwaltung ständig mit unnötiger Arbeit beschäftigen und lähmen. Außerdem erhält Angermann weiterhin viele Hass- und Drohmails.

Ab Februar 2019 ist Bürgermeisterin Angermann mit der Diagnose Burn-Out krankgeschrieben.²⁵ ABÜ diskutiert öffentlich, ob sie nicht abgesetzt werden sollte, wenn sie so lange krankgeschrieben sei. Im Oktober 2019 stellt die AfD einen Antrag auf Abwahl der Bürgermeisterin. Dem kommt die Bürgermeisterin mit ihrem Rücktritt zuvor. Sie beantragt eine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand.²⁶

In den nächsten Monaten steht die Wahl einer*s neuen Bürgermeister*in an. Als Kandidaten treten an: Ilko Keßler für das Bürgerforum Arnsdorf e.V. (unterstützt durch die SPD) und Frank Eisold für die CDU. Ihr Konkurrent: Detlef Oelsner, der im Jahr 2015 als CDU-Kandidat gegen Frau Angermann unterlag. Diesmal kandidiert er im Auftrag der AfD.

| | | |
|--|---|---|
| <p>1 Drs.-Nr.: 6/5296.</p> <p>2 Unsleben, Steffi: „Das Rätsel um Schabas Al-Aziz´ Tod“; taz; https://taz.de/Fluechtlinge-in-Sachsen/!5422411/ (letzter Zugriff am 21.02.2020)</p> <p>3 Vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Valentin Lippmann, siehe: Fußnote 1.</p> <p>4 Vgl. Ebenda.</p> <p>5 Vgl. Ebenda.</p> <p>6 Botsch, Gideon: Die Junge Freiheit – Sprachrohr einer radikal-nationalistischen Opposition. Bundeszentrale für Politische Bildung. 2017. https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230020/die-junge-freiheit-sprachrohr-einer-radikal-nationalistischen-opposition (letzter Zugriff am 02.03.2020)</p> <p>7 Krautkrämer, Felix; Hoffgaard, Henning: „Wir haben Zivilcourage gezeigt“. Junge Freiheit. https://junge-freiheit.de/politik/deutschland/2016/wir-haben-zivil-courage-gezeigt/ (letzter Zugriff am 28.02.2020)</p> <p>8 Vgl. Rietzschel, Antonie: „Eine sächsische Gemeinde, hoffnungslos gespalten“. Süddeutsche.de https://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextreme-in-sachsen-eine-gemeinde-hoffnungslos-gespalten-1.3508278, (letzter Zugriff am 20.02.2020)</p> <p>9 Gebauer, Sylvia: „Virtueller Wahlkampf in Arnsdorf“. In: Sächsische Zeitung, 07.05.2015</p> | <p>10 Vgl. Rietzschel, Antonie: „Eine sächsische Gemeinde, hoffnungslos gespalten“. Süddeutsche.de https://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextreme-in-sachsen-eine-gemeinde-hoffnungslos-gespalten-1.3508278, (letzter Zugriff am 20.02.2020)</p> <p>11 Gebauer, Sylvia: „Virtueller Wahlkampf in Arnsdorf“. In: Sächsische Zeitung 07.05.2015</p> <p>12 Blaue Landespost: CDU und SPD fördern nur noch eigene Projekte. Arnsdorf fällt dabei erneut aus politischen Gründen raus. 2018. https://www.blaue-landespost.de/!1119/ (02.03.2020)</p> <p>13 Schlottmann, Karin: Selbstjustiz oder Zivilcourage. 02.06.2016 in Sächsische Zeitung.</p> <p>14 Erklärung des Gemeinderatsmitglieds von Arnsdorf Detlef Oelsner zur Gemeinderats-sitzung vom 20.06.2016. Als Leserbrief in: Die Radeberger. 30.06.2016</p> <p>15 Nach Arnsdorfer Netto-Ärger: Ermittlungen gegen Polizeichef eingestellt. In: Sächsische Zeitung 09.09.2016</p> <p>16 Steinmann, Nadine: Bürgermeisterin auf dem Pulverfass. In: Sächsische Zeitung. 08.07.2016</p> <p>17 Rietzschel, Antonie: Eine sächsische Gemeinde, hoffnungslos gespalten. Süddeutsche Zeitung. https://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextreme-in-sachsen-eine-gemeinde-hoffnungslos-gespalten-1.3508278, 02.03.2020</p> | <p>21 Ebenda.</p> <p>22 Sächsische Zeitung: Zeuge im „Fall Arnsdorf“ bedroht. 04.05.2017</p> <p>23 Sächsische Zeitung. Anzeigen im „Fall Arnsdorf“ 03.06.2017</p> <p>24 Sächsische Zeitung: Keine Aufarbeitung zum Netto-Vorfall 24.06.2017</p> |
|--|---|---|



Foto: Neja Hrovat

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Kulturbüro Sachsen e.V.
Grit Hanneforth, Geschäftsführerin
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
www.kulturbuero-sachsen.de



Unterstützen Sie unsere Arbeit
mit einer Spende!
IBAN: DE 288 5020 5000 0035 87301
BIC: BFSWDE33DRE

TEXT UND RECHERCHE

Kulturbüro Sachsen e.V.

Der Artikel „Mehr als nur Zebrastrreifen – Die (extreme) Rechte in den Kommunalparlamenten“ wurde durch Helke Ellersiek mit Unterstützung von Steven Hummel, Thomas Fischer und Franziska Fischer im Auftrag des Kulturbüro Sachsen e.V. erarbeitet.

Lektorat: Laura Dittmann
Redaktionsschluss: 24.03.2020

FOTOS

Neja Hrovat, Michael Nattke,
Milou Jerzak, Pixabay.de

LAYOUT UND SATZ

Nadine Rothe
mail[aet]nadine-rothe.de

Diese Publikation wurde gefördert durch die
Amadeu-Antonio-Stiftung und die
Cellex-Stiftung.





www.kulturbuero-sachsen.de